

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltigen Postzettel oder deren Raum 30 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Zur Urabstimmung über die Beitragserhöhung.

Der Vorstand hat den Mitgliedern den Antrag unterbreitet, den regelmäßigen Verbandsbeitrag auf 60 Pf. wöchentlich zu erhöhen, wovon 50 Pf. in die Hauptkasse fließen sollen. Ueber diese Frage soll demnächst durch Urabstimmung entschieden werden. Der Hauptgrund für das Beschreiten dieses Weges liegt darin, daß die Frage der Forterhebung des Extrabeitrages zur Entscheidung drängt. Der Vorstand hat bereits beschlossen, daß der pro Mitglied und Woche an die Hauptkasse abzuführende Beitrag vom 1. April ab von 60 auf 50 Pf. herabgesetzt wird. Der 50 Pf.-Beitrag soll jedoch auch weiterhin, zum mindesten, bis die Entscheidung der Kollegen vorliegt, forterhoben werden. Im Interesse des Gesamtverbandes liegt es nun, einen Beschluß über die dauernde Beitragshöhe mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen. Würde die Regelung dem Verbandstage überlassen, dann könnten dessen Beschlüsse frühestens am 1. Oktober in Kraft treten. Ergibt jedoch die Urabstimmung das Einverständnis der Kollegen mit der Erhöhung des Verbandsbeitrages auf 60 Pf., dann läßt sich die wiederholte Aenderung des Beitrages innerhalb eines kurzen Zeitraumes vermeiden, indem einfach der Beitrag in der Höhe forterhoben wird, welche die Zahlstellen vom 1. April ab festsetzen.

Durch die Urabstimmung wird dem bevorstehenden Verbandstag ein gut Teil Arbeit abgenommen und zugleich seine Verantwortung herabgemindert. Die Delegierten wissen bereits, wie sich die Mitglieder zu der wichtigen Frage der Beitragserhöhung stellen und sie können sich den, in der vorausgegangen Urabstimmung zum Ausdruck gelangten Willen der Kollegen zur Richtschnur für ihre weiteren Beschlüsse nehmen. Die Frage der Einführung von Staffelbeiträgen wird übrigens durch den Ausfall der Urabstimmung noch nicht entschieden. In dieser Beziehung behält der Verbandstag freie Hand. Aber das Ergebnis der Urabstimmung ist immerhin nicht ganz ohne Bedeutung für die Frage der Staffelbeiträge. Erklärt sich die Mehrzahl der Mitglieder gegen die beantragte Beitragserhöhung, dann braucht über Staffelbeiträge nicht mehr viel diskutiert zu werden. Darüber herrscht nämlich Uebereinstimmung im Verband, daß auch bei Einführung von Staffelbeiträgen nicht unter das gegenwärtige Beitragsniveau heruntergegangen werden darf. Ergibt dagegen die Urabstimmung eine Mehrheit für die beantragte Beitragserhöhung, dann kann der Verbandstag immer noch die Frage der Staffelung der Beiträge vorurteilsfrei prüfen. Wir zweifeln allerdings nicht daran, daß er aus den Gründen, die wir an dieser Stelle bereits entwickelt haben und auf Grund des in der Denkschrift des Vorstandes niedergelegten Materials die Einführung von Staffelbeiträgen ablehnen wird.

Wird durch die Urabstimmung die Verantwortung des Vorstandes gemindert, so muß sich andererseits jeder einzelne Kollege über die Bedeutung und die Konsequenzen seines Votums klar sein. Es ist eine äußerst wichtige Entscheidung, welche die Mitglieder zu treffen haben und jeder sollte seine Stimme abgeben, ohne die in Betracht kommenden Momente gründlich geprüft zu haben. Die Behauptung, daß hohe Beiträge die Agitation erschweren und einen Rückgang der Mitgliederzahl zur Folge haben, hat man früher öfters gehört, wenn die Frage einer Beitragserhöhung zur Diskussion stand. Es ist möglich, daß dieses Argument auch diesmal wieder verwendet wird, doch wird es schwerlich eine bedeutende Rolle spielen, denn bisher haben sich diese Prophezeiungen noch stets als irrig erwiesen. Wir erkennen keineswegs, daß es manchem schlecht entlohnten Kollegen schwer fällt, den geforderten Beitrag zu zahlen, aber unerschwinglich sind die Beiträge nicht. Und die selbst auferlegte Last wird um so leichter getragen in dem Bewußtsein, daß die Beitragsleistung die unumgängliche Voraussetzung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für die Erhöhung des Einkommens ist.

Gerade weil der Verband die Pflicht hat, die Lage der schlechter gestellten Berufsgenossen zu verbessern, weil er die schlechten Löhne und die langen Arbeitszeiten bekämpft, muß eine Erhöhung des Beitrages durchgeführt werden, um unsere Organisation in die Lage zu versetzen, die übernommenen Verpflichtungen in weitgehendem Maße zu erfüllen. Gegenwärtig fühlt sich der Vorstand in der Entfaltung der Kräfte der Organi-

sation gehemmt. Es fällt der Verbandsleitung gewiß nicht leicht, die Kollegen, welche die Genehmigung zur Inszenierung einer Lohnbewegung nachsuchen, in vielen Fällen auf einen späteren Zeitpunkt vertrösten zu müssen. Oft wird dann über den „bureaucratischen“ Verbandsvorstand gescholten, der gar kein Verständnis für die praktischen Bedürfnisse der Kollegen hat und die örtlichen Verhältnisse augenscheinlich ganz falsch beurteilt, denn sonst hätte er doch das Gesuch selbstverständlich sofort bewilligen müssen. Daran, daß sich die Kollegen in Hunderten anderer Städte in ähnlicher Lage befinden, und daß der Vorstand genötigt ist, mit Rücksicht auf die Finanzlage des Verbandes eine sorgfältige Auslese unter der Unmenge von Streikgesuchen zu halten, die ihm in fast ununterbrochener Folge zugehen, denkt man häufig nicht. Um so notwendiger ist es aber, daß der Vorstand diesen Dingen eine besondere Aufmerksamkeit zuwendet.

Unsere Verbandskasse verfügte am 1. Oktober vorigen Jahres über einen Bestand von 1 892 272 Mk. Bis zum Jahreschluss dürfte diese Summe eine Steigerung erfahren haben, doch liegen genaue Zahlen hierüber noch nicht vor. An und für sich betrachtet, sind diese nahezu 2 Millionen ein ganz hübscher Posten Geld. Aber das Bild wird viel weniger glänzend, wenn man die Ausgaben daneben hält, welche die Verbandskasse zu leisten hat. In dem, allerdings besonders schweren Krisenjahre 1908 mußte allein aus der Verbandskasse 983 605 Mk. Arbeitslosen- und daneben 599 812 Mk. Krankenunterstützung gezahlt werden. Im Jahre 1909 dürften sich die Ausgaben für diese Unterstützungseinrichtungen ein wenig vermindert haben, dagegen hat das geringe Nachlassen der Krise bereits bewirkt, daß die Kosten, welche die Hauptkasse für Streikunterstützung aufzubringen hatte, auf circa 570 000 Mark angewachsen sind. Dabei war doch das Jahr 1909 in bezug auf die Lohnbewegung noch verhältnismäßig recht ruhig.

Die höchste Anforderung an die Verbandskasse stellte die Streikunterstützung bisher im Jahre 1907, wo infolge der großen Aussperrung die Hauptkasse für den Zweck 2 1/2 Millionen aufbringen mußte. Nur infolge der stärkeren Inanspruchnahme der Lokalkassen und dank der hervorragenden Opferwilligkeit der Kollegen, die ganz bedeutende Extrabeiträge leisteten, war es uns damals möglich, die Krise zu überwinden und den Kampf erfolgreich durchzuführen. Es wäre aber grundverfehlt, wollte man aus der Tatsache, daß wir im Jahre 1907 ohne eine dauernde Erhöhung des Verbandsbeitrages ausgekommen sind, den Schluß ziehen, daß dies auch künftig der Fall sein müßte. Der Kampf im Jahre 1907 war, trotz seines gewaltigen Umfangs, doch nur ein kleines Vorpiel für die Kämpfe, die uns noch bevorstehen. Wenn bei der diesjährigen Tarifbewegung kam eine viel größere Zahl von Kollegen in Betracht, als das im Jahre 1907 der Fall war, und zeitweilig standen doch die Dinge so, daß der Ausbruch des Kampfes in die nächste Nähe gerückt schien.

Diese Bewegung ist noch nicht vollständig beendet, doch darf nun angenommen werden, daß die endgültige Entscheidung der Tarifbewegung im allgemeinen ohne Störung des Friedens im Gewerbe erfolgt. Aber die diesjährige Tarifbewegung in der Holzindustrie ist noch nicht die letzte, und die Möglichkeit ist sehr naheliegend, daß der Arbeitgeberschutzverband, wenn er sich kräftiger fühlt, als er es in diesem Jahre war, eine Gelegenheit benützt, um mit uns die Generalabrechnung zu halten, von welcher er, nur der äußersten Not gehorchend, diesmal Abstand genommen hat. Für diesen Fall müssen wir gerüstet sein. Es wäre ein verhängnisvoller Leichtsin, wollten wir uns damit trösten, daß wir auf das Jahr 1907 und den Opferstimm hintersich, den die Kollegen damals an den Tag gelegt haben. Auch in diesem Jahre mußten wiederum außerordentliche Anforderungen an die Verbandsmitglieder gestellt werden, denen diese bereitwillig nachgekommen sind. Wir sind überzeugt, daß auch in künftigen Fällen der Vorstand nicht vergeblich an den Opferstimm der Kollegen appellieren wird, wenn es die Situation erfordert sollte. Aber es wird kein Kollege behaupten wollen, daß es ein idealer Zustand sei, wenn jedesmal außerordentliche Beiträge verlangt werden müssen, sobald eine große Bewegung geführt werden muß.

Solche große Tarifbewegungen stehen uns noch eine ganze Anzahl bevor. Mit den Tarifabschlüssen im Jahre 1907 ist eine Ära der Tarifantträge eingeleitet worden. In den folgenden Jahren wurden neue Tarifverträge abgeschlossen, die sich von selbst zu immer größeren Gruppen vereinigen, die je zu einem gleichen Termin ab-

laufen. In wenigen Monaten schon müssen wir wieder beginnen, die Tarifbewegung für das Frühjahr 1911 vorzubereiten, und in jedem der folgenden Jahre wird für eine andere Gruppe von Städten die Vertragsverneuerung aktuell. Da ist es nur klug gehandelt, wenn wir uns beizeiten vorsehen und unsere Kassenverhältnisse so ordnen, daß uns ein außerordentlicher Ansturm nicht in Verlegenheit bringt.

Außer den Vertragsstädten gibt es aber noch eine ganze Menge anderer Orte, in welchen die Kollegen mit vollem Recht eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen anstreben. Es braucht sich niemand den Kopf darüber zu zerbrechen, was der Vorstand, nachdem der erwartete Kampf vermieden wurde, mit dem vielen Gelde anfangen wird, welches in diesem Frühjahr in Form von Extrabeiträgen der Hauptkasse zugeflossen ist. Die Verbandskasse könnte noch viel mehr Geld brauchen, ohne daß man sagen dürfte, daß sie in Ueberfluß schwämme. Jetzt schon, noch ehe die große Tarifbewegung abgeschlossen ist, wird der Vorstand von allen Seiten um die Zustimmung zur Inangriffnahme einer Lohnbewegung bestürmt. Diese Gesuche sind fast durchgängig vollständig begründet, den in Betracht kommenden Kollegen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne vollauf zu gönnen. Aber nichtsdestoweniger muß der Vorstand in vielen Fällen die so übel berüchtigte „Bremsen“ anlegen, weil die Verbandskasse trotz der Auffüllung, die sie erfahren hat, die ihr zugebacht Belastung nicht vertragen kann.

Hier ist der springende Punkt. Der Verband muß sich im Hinblick auf seine Kassenverhältnisse bei der Durchführung seiner vornehmsten Aufgabe, der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu große Beschränkungen auferlegen. Wir müßten in dieser Beziehung viel freier hantieren können, und das können wir nur, wenn wir über eine gut dotierte Kasse verfügen. An diesem Ziele, nämlich über eine Kasse zu verfügen, die noch viel leistungsfähiger ist, als sich das von unserer Verbandskasse gegenwärtig sagen läßt, sind alle Kollegen interessiert. Die Mitglieder in den Vertragsorten nicht minder, als die Kollegen in den übrigen Städten. Denn auch bei den Vertragsverhandlungen spielen die Arbeitsverhältnisse in den nicht direkt in Betracht kommenden Orten eine nicht unerhebliche Rolle.

Während der Monate, die sich unsere letzte Tarifbewegung hinzog, dürfte über diese Dinge in den Kreisen der Kollegen recht viel diskutiert worden sein; hat doch diese Bewegung und ihre Begleitercheinungen das Interesse aller Holzarbeiter in vollem Maße in Anspruch genommen. Weil dem so ist, kann auch die Entscheidung über die Beitragsfrage mit leichtem Herzen in die Hände der Gesamtheit der Kollegen gelegt werden. Es ist kaum anzunehmen, daß sich eine nennenswerte Zahl von Kollegen findet, die der Beitragserhöhung Widerstand entgegensetzt. Die große Masse der Verbandsmitglieder weiß, daß die Erfolge der Organisation um so größer sein werden, je größer die Mittel sind, die ihr zur Verfügung stehen. Und die bevorstehende Abstimmung wiederum Zeugnis ablegen, nicht nur von dem Opferstimm der Verbandsmitglieder, sondern auch von dem Verständnis für die Zwecke und Ziele der Organisation, von welchem unsere Kollegen durchdrungen sind.

Die „Sorgen“ der Unternehmerstellung.

ff. Das ist auch ein Wort, das man oft hören kann, wenn man von dem kümmerlichen Dasein der Arbeiter spricht, daß ja die Unternehmer „auch“ ihre „Sorgen“ haben, daß es ihnen „auch“ bitter schlecht ergehe und sie auch schwer arbeiten müssen, um zu verdienen. ... Nun fällt es ja niemanden ein, etwa zu behaupten, daß derjenige, welcher ein Geschäft gründet oder leitet, keine Arbeit leistet und keine Sorgen habe. Aber trifft dies denn wirklich auf alle zu, die sich als Unternehmer fühlen und geben? Der Aktionär, der seine Coupons herunterreißt; der Kapitalist, der seine Zinsen einstreicht, und so mancher andere, der an einem Unternehmen „beteiligt“ ist, darf deswegen noch lange nicht als Unternehmer gelten. Ja, selbst der Großindustrielle, der durch Erbschaft ein Establishment übernommen hat und durch seinen Direktor nebst den Ingenieuren es führen läßt, ist kein Unternehmer in dem strengen Sinne, der dem Worte beigelegt wird. Und soll man etwa den Kleingewerbetreibenden dafür gelten lassen, der nachmittags im Kaffeehaus seine Tarockpartie macht, nachdem er vormittags im Wirtshaus sein obligates Gabelfrühstück zu sich genommen?

Gewiß muß der Fabrikant, der Kaufmann, müssen alle diese Unternehmer „auch“ arbeiten; mancher wohl hat schwere Sorgen, um sein Geschäft vorwärts und aufwärts zu bringen, und es geht nicht immer ohne Schwierigkeit, das Risiko ist oft groß, soziale Stellung, der Ruf der Firma, der gute Name, die Ehre und die Existenz der Familie hängen von dem Gelingen und Misserfolg des Geschäftsmannes oft genug ab. Aber wie schrumpfen alle diese Dinge zusammen gegenüber den Sorgen und Mühen des Arbeiters? Wer will im Ernste die Lebenshaltung des Unternehmers mit der des Proletariats vergleichen? Welcher Unternehmer möchte gar mit dem letzteren tauschen? Alle die Demagogen, welche mit der sorglosen Stellung des Unternehmers krebzen gehen, denken ja auch gar nicht daran, daß man ihr Geschäft anders als das professionelle Geschäft auffassen könnte, welches die Ausübung ihres Meisters erfordert und begleitet. Jedermann, der nur einigermaßen die Welt und ihre Kämpfe kennt, daß das Leben zu beobachten sich angewöhnt hat, weiß, daß es zu den Agitationsmethoden der Scharfmacher gehört, die verbissenen Uebertreibungen loszulassen und gleich dem ersten besten Jahmarke oder Schaubudenschreiber derart aufzutrompeln, daß dem naiven Publikum Hören und Sehen vergeht.

Die Uebertreibung gehört zum Geschäft, und ob ein Wahlkäufer ein Bäckerlein beschwören will oder ein Scharfmacherkommis einen naiven Fabrikanten, ist im Grunde kein allzugroßer Unterschied. Der Zweck ist derselbe: den Mann zu täuschen und für eine Sache zu gewinnen. Man rede einem Unternehmer nur konsequent ein, daß es ihm schlecht geht, mit der Zeit wird er es schon glauben oder wenigstens so tun, als ob er es glauben würde. Auch der Wähler läutet gewohnheitsmäßig mit dem Kirchenbeutel, und er weiß, daß er nie ganz umsonst himmelt. Schlichtlich — denken unsere Scharfmacher —, wenn die Arbeiter ihr Glend als Fahne schwenken dürfen, warum nicht auch wir? Es gibt ja doch Imitationen des Glendes, zumindest lassen sich auch für die Not des Unternehmers Argumente finden, so daß sie beinahe für bare Münze genommen werden kann. Die Welt — bildet sich das Scharfmachervolk ein — ist taub und muß durch laute Paukenschläge auf das Mähr- und Spektakelstück: „Der blutarme Unternehmer“ aufmerksam gemacht werden.

Allein, die Welt ist nicht taub, wenigstens nicht die ganze; ein Teil ist sogar recht feinhörig und weiß die echten Töne von den unechten in der Regel zu unterscheiden. Wenn ein Kapitalist seufzende Klagen über sein Dasein deklamiert, wird alle Welt darüber lachen und sich ihren Teil denken. Wenn ein fatter Moralist, wie das schon geschehen ist, davon spricht, daß die Kompottschüssel des Arbeiters voll sei, wird gleichfalls alle Welt darüber lachen. Derlei Uebertreibungen, die freilich schon mehr unerschämte Lügen sind, richten sich von selbst; man entkräftet sich nicht mehr darüber, weil man ja den Zweck durchschaut, und geht zur Tagesordnung über.

Allerdings, sagen die Kloppfechter der herrschenden Klassen, darf man die Lebensansprüche eines Unternehmers nicht mit jenen eines Arbeiters vergleichen. Was jenem erlaubt sei, könne nicht auch diesem gestattet werden. Es müsse einen Unterschied, eine Distanz zwischen beiden geben! Der Champagner sei das Getränk des reichen Generaldirektors und Großindustriellen, Wasser züme sich für den Arbeiter. Man werde doch dem Unternehmer nicht zumuten wollen, auf die Lebenshaltung des Proletariats herabzusteigen; deswegen müsse es aber diesem nicht schlecht gehen, da er ja einfacher zu leben gewöhnt sei und mit wenigem sich zu bescheiden gelernt habe. Wenn er trotzdem mehr begehre, so spreche nur der Meid aus ihm und sei er dazu „aufgehört“ worden. Not leide der Arbeiter heute nicht mehr, da die Unfall- und Krankenversicherung dieselbe fernhalte. Unrecht könne ihm auch nicht zugesagt werden, da die Arbeiterschutzesgesetzgebung dies verbiete; übrigens verstanden es die Arbeiter von heute ganz gut, sich mittels ihrer Gewerkschaften und sonstigen Organisationen ihrer Haut zu wehren. Kurz der Arbeiter befindet sich in einer glänzenden Situation!

Wie betrübend sei dagegen die Lage des Unternehmers! Die sozialpolitische Gesetzgebung und der Steuerfiskalismusbürde ihm stets neue Lasten auf, dazu komme der unläutere Wettbewerb, die ausländische Konkurrenz, die Gefahren des Exports, die Schwierigkeit des Ab Absatzes überhaupt, die Hindernisse des Geldsystems und das Risiko der Warenkreditierung sowie die Schwankungen der Konjunktur und endlich die täglichen Unannehmlichkeiten, die der Arbeitsprozeß und das Zusammenarbeiten einer zahlreichen Schar von Arbeitskräften mit sich bringt. Kurz, es ist kein beneidenswertes Los, Unternehmer zu sein! Daß damit weiter nichts bewiesen ist, wenn die Sorgen, die zweifellos auch manchen Fabrikanten plagen, aufgezählt werden, sehen sogar diese selbst ein, und sie erinnern deshalb immer wieder daran, daß man alles in der Welt relativ, d. h. im Verhältnis zu anderen Dingen, auffassen müsse, daß also das Leben des Unternehmers, wenn es auch im Vergleich zu dem des Proletariats ein recht behagliches sein möge, doch nicht immer dem entspreche, was der Unternehmer für seine Mühe zu beanspruchen berechtigt sei. Nun steht die Sache so, daß der Arbeiter seinerseits sehr gut weiß, daß die Geschäftserfolge dem Unternehmer nicht von ungefähr in den Schoß fallen, daß dazu auch die Arbeit, und zwar geistige, organisatorische, disponierende des Unternehmers notwendig ist. Sofern dieser sie leistet, wird auch der Arbeiter ihm

die Anerkennung nicht versagen und ihm die höhere Lebenshaltung ohne weiteres gönnen. Der Arbeiter weiß ferner sehr gut, daß Kapitalbesitz allein nicht den Ausschlag gibt, sondern daß auch Begabung, Wissen und Fleiß dazu gehören, um ein Unternehmen in die Höhe zu bringen und seine Prosperität zu sichern. Aber ebensovien läßt sich der Arbeiter darüber täuschen, daß bei vielen — allzuvielen — Unternehmern nur der Kapitalbesitz entscheidet, daß sie sonst nichts zu investieren haben und auch nichts leisten, dennoch aber einen unverhältnismäßig großen Gewinn einziehen und ihren Reichtum auf Kosten „ihrer“ Arbeiter vermehren. Wenn die Ausbeutung einmal eine gewisse Grenze überschreitet, dann muß aller Hinweis auf die „Sorgen“ des Unternehmers nichts, und der Arbeiter wird an der Gemeinnützigkeit des betreffenden Betriebes, in welchem seine Arbeitskraft vorzeitig aufgerieben und seine Leistung ungenügend entlohnt wird, zu zweifeln beginnen.

Der Unternehmer muß sich also nützlich erweisen, nicht bloß dadurch, daß er die Arbeitsgelegenheit beschafft und erhält, sondern auch dadurch, daß er, seine Mitarbeit nicht überschätzend, den Arbeitern einen angemessenen Lohn zukommen läßt, daß er auch für diese das Geschäft rentabel gestaltet. Er täuscht sich arg, wenn er glaubt, lediglich durch seine Intelligenz den Erfolg der Unternehmung sichern zu können. Er ist auf seine Arbeiter unbedingt angewiesen, und wenn er sie entläßt, muß er darauf sehen, gleichwertige zu bekommen oder sich heranzuziehen, weil sonst die Prosperität des Unternehmens in Frage gestellt ist. Ein Staat, der nicht über eine tüchtige, intelligente, geistig und moralisch gut qualifizierte Arbeiterschaft verfügt, wird stets hinter einem anderen, der sich einer solchen Arbeiterklasse erfreut, zurückstehen. Tüchtige Arbeiter lassen sich nicht aus dem Boden stampfen, das zeigt die tägliche Erfahrung. Darum ist es eine selbstmörderische Politik, wenn die Unternehmer die Kapitalansammlung übermäßig forcieren, wenn sie unter Verufung darauf dem Boden, in dem sie wurzeln, die Kraft entziehen, ohne sie vollständig zu ersetzen und zielbewußt zu steigern. Wie töricht von den Unternehmern, wenn sie die Löhne drücken, weil sonst zu viel Kapital für Investitionen entgeht, die Industrialisierung gehemmt werde und dergleichen mehr. Als ob in der Volkswirtschaft der Lohn der Arbeiter verloren gehen könnte, als ob nicht vielmehr die Gefahr dauernden Kapitalverlustes dadurch entstünde, daß das Ausland mit heimischem Kapital bedingt wurde, und daß die Herren Kapitalexporteure Milliarden der vaterländischen Volkswirtschaft vorenthielten!

Nein, die innere Unwahrheit des Sages von den Gefahren des Kapitalbesitzes für den Unternehmer ist zu offenkundig, als daß sich die Arbeiter davon foppen lassen könnten; mit so plumpen Lügen, wie die, daß Reichtum ein Unglück sei für den Besitzer, werden sich die Arbeiter nicht täuschen und nicht irreführen lassen. Der Unternehmer mag ja ein recht bedauerwürdiger Mann sein; er kann höchstens zum Arbeiter — vom siebenten Himmel — herunterstinken. Wohin stinkt der Arbeiter? Aus der siebenten Hölle in die achte! Uebrigens — wenn es den Herren Unternehmern so schlecht geht: ist ihnen vielleicht ein Schichtenwechsel gefällig?

Die Invalidenversicherung im Jahre 1909.

t. Schon in den ersten Jahren der Wirksamkeit des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes war zu bemerken, daß die Altersversicherung eine besondere und hervorragende Bedeutung erlangen würde. Zwar war die Zahl der Altersrentenbewilligungen 1891 und 1892 verhältnismäßig groß, was sich aber durch die Uebergangsstimmungen erklärte, wonach alle über 70 Jahre alten Versicherten Altersrente zu beanspruchen hatten, sojahren sie nur während der vorangegangenen drei Kalenderjahre mindestens 141 Wochen hindurch eine versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen konnten. Seitdem ist die Zahl der Altersrentenbewilligungen ständig zurückgegangen. Nur die 1894 und 1900 erfolgte Ausdehnung der Versicherungspflicht brachte hierin eine kleine Unterbrechung. Seit dem Jahre 1906 zeigt sich zwar wieder eine ansteigende Bewegung, die aber so gering ist, daß sie praktisch nicht ins Gewicht fällt. Wie erheblich der Unterschied zwischen der Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes und heute ist, läßt sich am besten aus einigen Zahlen erkennen. Im Jahre 1891 wurden insgesamt 132 928 Altersrenten bewilligt, 1892 waren es noch 42 128, im folgenden Jahre 31 088, im Jahre 1909 dagegen nur noch 11 008. Demgegenüber ist die Zahl der Invalidenrenten fortgesetzt, und zwar von 17 784 im Jahre 1892 auf 152 882 im Jahre 1909 gestiegen. Alsdann trat ein Rückgang ein, der aber nicht etwa auf die Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiter, sondern auf die schärfere Abweiserungspraxis der Versicherungsanstalten zurückzuführen ist. Seit 1903 ist die Zahl der bewilligten Invalidenrenten bis 1909 auf 115 264 gesunken, welcher Rückgang nur zu einem kleinen Teil durch die Zunahme der Krankenrenten von 9216 auf 12 713 in dem gleichen Zeitraum ausgeglichen wird.

Daß die Altersversicherung gegenüber der Invalidenversicherung derart in den Hintergrund getreten ist, erklärt sich nur zu sehr aus den traurigen sozialen Verhältnissen der deutschen Arbeiter. Trotz aller Sozialreform und der durch sie angeblich gefüllten Kompottschüssel ist es doch eine unzulängbare Tatsache, daß Millionen Arbeiter mit ihren Familien an Unterernährung leiden und vor-

zeitig zugrunde gehen. Und unsere ganze Reichspolitik mit ihrer wahnsinnigen Verschwendung auf militaristischem und marinistischem Gebiete, ihrer Lebensmittelverteuerung, Zolltreiberei und Symplicitätsförderung ist nur dazu geeignet, diese Verhältnisse noch weiter zu verschlimmern.

Wie der Bericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1909 mitteilt, kamen am Beginn 1910 bei sämtlichen 31 Versicherungsanstalten und den vorhandenen ihnen gleichgestellten Kasseneinrichtungen insgesamt 1 014 449 laufende Renten zur Auszahlung, davon 803 585 Invalidenrenten, 18 502 Krankenrenten und 102 362 Altersrenten. Der Gesamtaufwand der Entschädigungsleistungen belief sich während des Jahres nach einer vorläufigen Zusammenstellung auf etwa 190 Millionen Mark, während die Einnahme aus Beitragsleistungen auf 187 Millionen Mark veranschlagt wird. Wendet man die Zahlen des Jahres 1908 an, die kaum eine nennenswerte Veränderung erfahren haben dürften, so entfallen als Ausgabe für Invalidenrenten 182 982 378 Mk., Krankenrenten 8 406 858 Mk., Altersrenten 16 353 246 Mk., Heilverfahren 17 894 447 Mk., Invalidenhausepflege 548 592 Mk. und Beitragsrückstellungen 9 237 033 Mk. Das Vermögen der Versicherungsanstalten ist bis Ende 1909 auf etwa 1575 Millionen Mark angewachsen. Hier von fanden darlehensweise Verwendung: zum Zwecke der Arbeiterwohnungs-fürsorge 280 517 984 Mk., für landwirtschaftliche Bedürfnisse 102 872 187 Mk., zum Bau von Krankenhäusern, Genesungsheimen, Volkshospitälern und Krankenpflege 55 913 118 Mk., zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volkshäusern, Schlachthäusern, Wasserleitungen usw. 143 514 440 Mk., für Hebung der Volksbildung, Erziehung und Unterricht 71 700 315 Mk., für sonstige Wohlfahrtszwecke 88 704 228 Mk. Für eigene Veranstellungen, Bau von Krankenhäusern, Heilanstalten, Lungenheilstätten, Erholungs- und Genesungsheimen, Invalidenhäusern usw. haben die Versicherungsanstalten 56 448 282 Mk. ausgegeben. Der Gesamtbetrag der von ihnen bis Ende 1909 für gemeinnützige Zwecke der angeführten Art aufgewendeten Mittel beläuft sich auf 829 324 554 Mk.

Dieser nach außen hin glänzenden Seite der Invalidenversicherung steht leider eine andere weniger erfreulich anmutende gegenüber! Auch hier gibt es für die Versicherten wie bei der Unfallversicherung einen Kampf um die schmale Rente, wenn auch die Häufigkeit dieses Kampfes bei weitem nicht den gleichen Umfang erreicht. Im Jahre 1909 wurden insgesamt 386 787 Bescheide erteilt, davon 58 074 Ablehnungs- und Entziehungsbefehle. Wie viel Jammer und Not verbirgt sich hinter diesen Zahlen? Wie so mancher, der mit dem besten Willen nicht mehr seiner gehobenen Arbeit nachzugehen vermochte und sich vergeblich nach einer für ihn noch passenden leichteren Beschäftigung bemühte, mußte auf sein Invalidenrentengesuch enttäuscht die Antwort entgegennehmen, daß er noch zu mehr als einem Drittel erwerbsfähig sei und demgemäß eine Invalidenrente nicht beanspruchen könne! Wie mancher, der unter Sorgen und Entbehrungen das siebzigste Lebensjahr vollendet hatte und nun hoffte, endlich in den Genuß der lange erwarteten Altersrente zu gelangen, erfuhr zu seinem Schrecken, daß er keinen Anspruch darauf habe, weil er außerstande ist, die erforderlichen Beitragswochen nachzuweisen! Die letzte Hoffnung klammert sich an die Berufung gegen den ablehnenden Bescheid, von welchem Rechtsmittel im Jahre 1909 28 831 Versicherte Gebrauch machten. Aber nur 7051 Versicherte erreichten ihren Zweck, alle anderen wurden abgewiesen. Auch bei der Invalidenversicherung hat die Zahl der Berufungen mit wenigen Unterbrechungen eine Zunahme erfahren. Sie ist gestiegen von 18 835 im Jahre 1900 auf 28 831 im letzten Jahre. Keine besseren Erfolge erzielten die Versicherten mit dem Rechtsmittel der Revision, wonach sie in 4093 Fällen Gebrauch machten, während die Versicherungsanstalten ihrerseits in 740 Fällen Revision einlegten. Nur in 46 Fällen = 0,09 Proz. ergielten die Versicherten eine völlige oder teilweise Aufhebung der angefochtenen Schiedsgerichtsentscheidungen, ferner in 457 Fällen = 9,86 Proz. eine Zurückverweisung an das Schiedsgericht oder den Vorstand der Versicherungsanstalt. Wesentlich glücklicher waren die Versicherungsanstalten daran, die in 154 Fällen = 20,08 Proz. eine Aufhebung und in 866 Fällen = 49,85 Proz. eine Zurückverweisung der angefochtenen Entscheidungen erreichten. Es ist fast genau dasselbe Bild wie bei der Unfallversicherung, wo die Verletzten in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle vor dem mit wesentlich besseren und wirksameren Antrags- und Verteidigungsmitteln ausgerüsteten Berufungsgenossenschaften den kürzeren ziehen müssen.

Neuerst zahlreich sind noch immer die Beitrags-erhaltungsansprüche anlässlich der Berechtigung. Von 197 313 Beitragsrückstellungen entfielen nicht weniger wie 158 761 Gesuche auf solchen Anlaß und wurden 148 483 genehmigt. Die Zahl der Beitragsrückstellungen hat zwar in den letzten Jahren etwas abgenommen, seit 1901 um 1,5 Proz., ist aber immer noch viel zu hoch. Diese Häufigkeit ist einerseits ein Beweis dafür, daß trotz der lang-jährigen Wirksamkeit des Invalidenversicherungsgesetzes und trotz aller Popularisierungsversuche sein inneres Wesen von großen Reizen der Bevölkerung noch nicht begriffen wird, andererseits seine Leistungen sehr gering eingeschätzt werden. Das ist ein schwerer und oft genug verhängnisvoll wirkender Fehler! Gewiß, die Leistungen der Invalidenversicherung sind, besonders in bezug auf die Rentenhöhe, sehr gering. Dennoch sind sie nicht so unbedeutend, daß die Arbeiter Grund hätten, leichten Herzens auf sie zu verzichten. Der Verzug einer Invaliden-

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bezirksstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Georgswalde in Böhmen, Löbau (Pianosfabrik Förster), Witten i. Westf. (F. Schmidt), Oberneubrunn i. Thür., Deynhausen (Mehly u. Steinmeyer), Zuffenhausen (Bröll), Sorgen (Larus und Montreug (Firma Albert Feld) in der Schweiz.

Arb. machern nach Stettin (Lunberg).

Drechsler nach Stargard i. Pommern (Mehrholtz).

Klaviermachern nach Löbau i. S. und Georgswalde in Böhmen (Röster), Zürich (Rohrbach u. Co.).

Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin-Charlottenburg (Koswagensfabrik M. Leuschner vormals Kühlstein), Eisenach (Zingler vorm. Walzer), München (Automobilfabrik Veitbarth).

rente in Höhe von 180 bis 150 Mk. jährlich ist für keinen Arbeiterhaushalt ohne Bedeutung. Die meisten Frauen haben bei ihrer Verheiratung auf Grund der von ihnen entrichteten Beiträge bereits einen Anspruch auf eine solche Rente. Durch die Rückforderung der von ihnen entrichteten Beiträge geben sie gegen den Empfang von Lumpigen 30 bis 40 Mk. ihre Anwartschaft auf und verlieren damit alle Rechte an die Versicherung, die sie durch langjährige Mitgliedschaft erworben. Ein solches Verhalten ist ungemein töricht, besonders wenn man sieht, wie dieselben Leute nach erfolgter Rückforderung der Beiträge mit der Beitragszahlung von neuem beginnen. In nicht seltenen Fällen werden diese Beiträge umsonst entrichtet, weil ehe die Anwartschaft auf Rente wieder erlangt ist, Ziviltätigkeit eintritt. Deshalb ist den Frauen dringend vor der Rückforderung der Beiträge anlässlich der Verheiratung abzuraten, und mit Recht hat man die Forderung aufgestellt, die Beitragsrückerstattung aus dem Invalidenversicherungsgesetz zu entfernen. Die neue Reichsversicherungsordnung trägt dieser Forderung bereits Rechnung. Zurzeit ist sie zwar noch nicht Gesetz, und hoffentlich wird sie es in der vorliegenden Form auch nicht werden. Es ist daher dringend zu raten, daß die Frauen bei ihrer Verheiratung von einer Beitragsrückerstattung Abstand nehmen und — falls sie ihr versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis aufgeben — durch freiwillige Beitragszahlung ihre Rechte an die Invalidenversicherung aufrecht erhalten. Das ist schon geboten durch die Anwartschaft auf ein eventuelles Heilverfahren.

Die Maßnahmen zur Heilfürsorge, um die Erwerbsfähigkeit Versicherter zu erhalten, haben von den Versicherungsanstalten eine von Jahr zu Jahr zunehmende Ausdehnung erfahren. Für das Jahr 1900 sind die Aufwendungen noch nicht festgestellt, doch betragen sie bereits im Vorjahre 11,8 Proz. der Rentenzahlungen. Dabei läßt sich feststellen, daß die Heilerfolge sowohl an Zahl wie an Dauer fortgesetzt zunehmen. Vor allem gilt dies von der Lungentuberkulose, deren Bekämpfung sich die Versicherungsanstalten besonders angelegen sein lassen. In neuerer Zeit wenden sie in hohem Maße ihre Aufmerksamkeit der noch sehr mangelhaften Krankenpflege auf dem Lande und der Errichtung von Fürsorgeheimen für Lungentranke zu. Hier gibt es noch sehr viel zu bessern, denn mit der Heilbehandlung und Fürsorge für die schon erkrankten Arbeiter allein ist es nicht getan. Viel wichtiger ist es noch, Krankheiten zu verhindern. Dazu gehören aber vernünftige Arbeits- und Wohnverhältnisse, ausreichende Ernährung und ein den vorhandenen Bedürfnissen genügender Arbeiterschutz. Alles das haben die Arbeiter noch nicht; sie müssen es sich erst erringen! Hier ist das Tätigkeitsgebiet für die gewerkschaftliche und politische Organisation gegeben. Nur durch sie vermögen die Arbeiter ihre Ausbeutung zu bekämpfen und bessere, menschenwürdigere Zustände zu erringen.

Stimmen zum Verbandstag.

Der Gantag in Leipzig erklärte sich mit 62 gegen 0 Stimmen für den Antrag des Verbandsvorstandes auf Einführung des 60 Pf.-Wochenbeitrages.

Der Gantag in Breslau hat diesen Vorstandsantrag gleichfalls angenommen.

Der Gantag in Erfurt erklärte sich einstimmig für eine Stärkung des Kampffonds, sprach sich aber mit großer Majorität für Staffelleistungen aus.

Seit Bestehen der Tarifverträge in der Holzindustrie sind in diesen die Mindestlöhne für Maschinenarbeiter meistens niedriger vereinbart worden wie die der Tischler. Auch bei dem diesjährigen Tarifabschluß zeigt sich wieder dasselbe Bild. Da muß man sich doch die Frage vorlegen: Ist denn die Arbeitsleistung der Maschinenarbeiter minderwertiger wie die der Tischler? Ich behaupte das Gegenteil. Wenn in früheren Jahren nicht so große Anforderungen gestellt wurden, so ist es in den letzten Jahren doch bedeutend anders geworden. In der Baubranche sind z. B. die Maschinen schon so eingerichtet, daß die Tischler bald überflüssig werden. Ferner kommen

die Krankheitserscheinungen in Betracht. Es ist wohl nicht zuzubilligen, wenn ich behaupte, daß mindestens 50 Proz. der Maschinenarbeiter nervenscheidend sind. Die Sektion der Maschinenarbeiter in Hamburg hatte im vorigen Jahre 63 Unfälle zu verzeichnen. 57 Kollegen, das sind 20 Proz. der hier beschäftigten Maschinenarbeiter, mußten die Arbeit deshalb einstellen, nur 6 konnten weiterarbeiten. In Hamburg ist schon 1905 beim Tarifabschluß der gleiche Lohn vereinbart und 1908 erneuert worden. Im Vertrage heißt es: „Der Mindestlohn für Tischler beträgt 58 Pf., für Maschinenarbeiter, welche ein Jahr an der Maschine beschäftigt sind, 54 Pf., soweit dieselben gelernter Tischler oder zwei Jahre an der Maschine beschäftigt sind, 58 Pf.“ Was in Hamburg möglich ist, sollte auch in anderen Orten möglich sein. Um nun aber die Maschinenarbeiter „zufrieden“ zu stellen, verfallen die Arbeitgeber auf die Einführung der Akkordarbeit an der Maschine. Davor muß unter allen Umständen gewarnt werden, denn dadurch würden sich die Unfälle noch vermehren. Auch unter einem Tarifvertrag soll kein Kollege gezwungen werden können, in Akkord zu arbeiten. Da zu Zukunft die Tarifverhandlungen immer mehr zwischen den Zentralvorständen vor sich gehen werden, hat die Sektion der Maschinenarbeiter und die Ortsverwaltung Hamburg an den Verbandstag den Antrag gestellt, den Hauptvorstand zu beauftragen, bei künftigen Abschlüssen von Tarifverträgen dahin zu wirken, daß die Akkordarbeit an Maschinen nicht zulässig ist. Kollegen allerorts, ich möchte Euch ersuchen, diesen Antrag in den Versammlungen zu diskutieren und zu unterstützen, dann aber auch nur solchen Vertretern zum Verbandstag Eure Stimme zu geben, die für die Interessen der Maschinenarbeiter eintreten.

Hamburg.

Aug. Frank.

So oft auch die Beiträge des Verbandes erhöht worden sind und so viel Gründe man auch dafür anführte, an eine Erhöhung der Reiseunterstützung hat man noch immer nicht gedacht. Und doch weiß jeder Kollege, der durch Arbeitslosigkeit, durch Streit oder Maßregelung jemals zum Reisen gezwungen war, daß es heute ganz unmöglich ist, mit einer Mark täglich auszukommen. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mochte das gegangen sein, aber sollen die Gründe, die wir bei jeder höheren Lohnforderung anführen, nicht auch bei der Reiseunterstützung gelten? Das Leben in den Herbergen und die Eisenbahnfahrten sind im Laufe der Jahre doch auch nicht billiger geworden. Dazu kommt noch, daß ein Kollege, der auf die Reise geht, sich gegen die arbeitslosen Kollegen im Orte im Nachteil befindet. Der reisende Kollege erhält nie mehr als eine Mark pro Tag Unterstützung, und auch nur dann, wenn er 25 Kilometer zurückgelegt hat. Von den Lokalausschüssen hat er nichts oder so gut wie nichts, denn Lokalgeld bekommt er erst, wenn er ausgesteuert ist. Anders aber der Kollege, der verheiratet ist und im Orte bleiben darf. Je nach Dauer der Mitgliedschaft und Zahl der gelebten Marken erhält er wöchentlich bis 10 Mk. ausbezahlt, wozu noch die Lokalausschüsse kommen, die oft nicht unbedeutend sind. Wenn man nun dem reisenden Kollegen noch wenigstens die wirkliche Kilometerzahl anrechnen würde, die er zurückgelegt hat. Das Wandern zu Fuß ist doch im Zeitalter des Verkehrs nicht mehr Mode, das Gros der reisenden Kollegen fährt mit der Bahn. Bewirbt man sich nun um eine Stellung in weiterer Entfernung und gibt vielleicht sein letztes Geld für eine Fahrkarte aus, so ist man mittellos in einer fremden Stadt, wenn aus der gehofften Arbeit nichts geworden ist. Allerdings soll es bis 3 Mk. Reisevorschuß geben; wer aber jemals solchen gefordert hat, weiß, wie schwer es ist, den Vorschuß zu erhalten. Es wird ein genauer Nachweis verlangt, daß man wirklich Arbeit hat, und dann erhält man keine Reiseunterstützung mehr.

Nach § 30 des Statuts und § 13 des Streit-Reglements müssen ledige Mitglieder bei Arbeitslosigkeit oder Streit innerhalb zwei Wochen abreisen; dasselbe gilt auch bei Maßregelungen. Es ist aber ungerecht, von den Kollegen zu verlangen, aufs Blaue hinein auf die Wandererschaft zu gehen, ohne ihnen ein Äquivalent zu bieten. Mindestens muß man ihnen die wirkliche Kilometerzahl, den Kilometer mit 4 Pf., anrechnen. Besser wäre es freilich, man erhöhe die Reiseunterstützung von 4 auf 6 Pf. für den Kilometer und belasse es bei der Höchstzahlung von 25 Kilometern täglich. Es würden dann täglich 1,50 Mk. gezahlt werden, was ungefähr zur notwendigen Existenz ausreichend wäre. Natürlich müßten die Höchstbezüge innerhalb eines Jahres dann auch entsprechend erhöht werden. Wäge der Verbandstag in München darum eine Erhöhung der Reiseunterstützung beschließen. Ein Antrag wird ihm zugehen. Georg Schur-Angermünde.

Je näher der Verbandstag herankommt, um so intensiver beschäftigen sich die Kollegen mit der Erörterung der Beitragsfrage. Das ist ein Beweis dafür, daß der größte Teil der Kollegen von der Notwendigkeit überzeugt ist, unsere Kampfmittel mehr denn je zu stärken. Die Berechtigung dieser Auffassung läßt sich nicht bestreiten, die Frage ist nur, in welcher Weise die Stärkung der Verbandskasse erfolgen soll. Die einen wollen Erhöhung des Einheitsbeitrages, die anderen Einführung von Staffelleistungen.

Zu den Befürwortern des Einheitsbeitrages gehört heutzutage unser Hauptvorstand. Zur Begründung seiner Ansicht kann man aber lediglich die Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte anführen, denn mit allem andern trifft man doch daneben. Ja, ich gehe sogar so weit, zu behaupten, daß wir uns mit der gleichmäßigen Erhöhung des Beitrages agitatorisch schädigen würden, wo wir doch noch so viel braches Feld haben. Es dürfte doch wohl bekannt sein, daß wir noch nicht 50 Proz. aller in der Holzindustrie Beschäftigten organisiert haben. Bedenken wir einmal, daß ein Familienvater, welcher unter 20 Mk. verdient, noch mehr als 50 Pf. pro Woche für seine gewerkschaftliche Organisation opfern soll, so müssen wir uns sagen: nein, das geht nicht; wir erschweren es den Kollegen, ihre Mitgliedschaft zu erhalten, und noch viel mehr erschweren wir uns die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Der Gang anders sieht jedoch die Sache aus bei der Einführung von Staffelleistungen, und zwar auf folgender Grundlage: Alle Kollegen, welche 20—30 Mk. pro Woche

verdienen, bezahlen 60 Pf., bei einem Verdienst von 30 bis 40 Mk. 70 Pf., und über 40 Mk. 80 Pf. Grundbeitrag pro Woche. Für alle, welche unter 20 Mk. verdienen, läßt man den 60 Pf.-Beitrag weiterbestehen. Der Anteil von 20 Proz. für die Lokalkasse kommt in Fortfall, und kommen dafür folgende Sätze in Anwendung: Für jede Beitragsmarke der männlichen Mitglieder kommen 10 Pf. und die der weiblichen 5 Pf. in Anrechnung für die Lokalkasse. Dadurch hätte die Hauptkasse eine jährliche Mehrerinnahme von 1/2—1 Million Mark. Damit aber diese 1/2—1 Million Mark wirklich dem Kampffonds verbleibt, ist notwendig, die Unterstützungsätze unverändert zu belassen, wie sie zurzeit sind. Denn die Unterstützungsleistungen sind es gewesen, welche unsere Klasse zu sehr in Anspruch genommen haben, besonders bei niedrigerer Konjunktur.

Es ist anzunehmen, daß einige von denen, die mehr bezahlen sollen, widersprechen werden; man wird diesen Vorschlag als ungerecht bezeichnen. Aber der Vorschlag ist ebenso gerecht als durchführbar, es fehlt nur am guten Willen. Bedenken wir einmal, welche Opfer sich unsere Kollegen mit so niedrigem Verdienst, vielfach unter 15 Mk. pro Woche, die langen Jahre auferlegt haben, und sie haben es freudig getragen, ohne zu murren. Um so viel freudiger sollten es jetzt die Kollegen tun, welche sich in der glücklichen Lage befinden, daß ihnen durch die Organisation ein höherer Verdienst gesichert ist, auf Grund dessen sie ja die höheren Beiträge nur zu bezahlen brauchen. Das eine steht immer noch fest, es ist entschieden leichter, bei 40 Mk. pro Woche 80 Pf. zu bezahlen, als 60 Pf. bei 20 Mk. pro Woche. Des weiteren würde dieser Vorschlag die Grundpfeiler unseres Verbandes, ich meine den Realismus, mehr stärken, er würde uns eine ungeheure Agitationskraft verleihen unter denen, welche uns ihres niedrigen Verdienstes wegen noch fernstehen, und zu gleicher Zeit würden wir uns dadurch eine Konkurrenz vom Halse schaffen, wie wir sie uns gar nicht schlimmer denken können.

Carl Giesch, Brandenburg a. S.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Die am 14. März begonnene Beratung des Etats des Reichskanzlers brachte eine ausführliche Besprechung des Verhältnisses Elsaß-Lothringens zu den übrigen Bundesstaaten. Dieses Verhältnis ist bekanntlich sehr eigenartig. Während alle Bundesstaaten eine Vertretung im Bundesrat besitzen, ist dieses Recht den Elsaß-Lothringern verweigert. Das Reichsland genießt den Vorzug, daß gewisse Landesangelegenheiten, die anderwärts in den Landesparlamenten erledigt werden, z. B. das Eisenbahnwesen, zur Zuständigkeit des Reichstages gehört, aber die Elsaß-Lothringer sind von diesem Vorzug sehr wenig entzückt. Sie streben nach einer bundesstaatlichen Selbständigkeit, was um so begreiflicher ist, als die preussische Bureaukratie einen großen Einfluß auf die Verwaltung des Landes besitzt. Der König von Preußen ernannt in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser den Statthalter, und in den elsässischen Ministerien haben lange Zeit hindurch preussische Junker sich bemüht, die Bevölkerung in dem Bewußtsein zu erhalten, daß sie Angehörige eines annexierten Landes sind. Elsaß-Lothringen hat auch in Gestalt des Landesauschusses eine sogenannte Volksvertretung, aber die ist auch danach. Das Volk hat bei der Zusammensetzung dieses Parlaments herzlich wenig mitzureden.

Nun ist schon zum wiederholten Male beantragt worden, Elsaß-Lothringen den übrigen Bundesstaaten völlig gleichzustellen, und ihm eine Volksvertretung zu geben, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt ist. Wäher hat sich die Regierung diesen Wünschen gegenüber stets ablehnend verhalten; diesmal verkündete der Reichskanzler, daß ein Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen in Vorbereitung sei. Ueber den Inhalt schwieg er sich aus, und man darf auch auf die Werke, die aus Bethmann Hollwegs politischer Küche kommen, keine großen Erwartungen setzen. Daß aber überhaupt etwas geschehen soll, wird man wohl nicht mit Unrecht auf das Konto der Wahlrechtsbewegung setzen dürfen, die zurzeit ganz Deutschland erfasst hat.

Das persönliche Regiment in Deutschland hat schon manchmal recht wunderbare Blüten getrieben; gegen Ende des Jahres 1908 hatten aber einige Vorkommnisse sogar das Blut der lotharischen Patrioten in Wallung gebracht. Es war zu lebhaften Auseinandersetzungen im Reichstage gekommen, die zur Annahme einiger Anträge führten, insbesondere auch eines solchen, welcher die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für alle Handlungen und Unterlassungen des Kaisers praktisch durchführen sollte. Diese Anträge sind in der Kommission begraben worden. Bei der diesjährigen Staatsberatung wurden sie aufgeführt durch eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Resolution, welche die Einbringung eines Verantwortlichkeitsgesetzes verlangt. Diese Resolution wurde angenommen. Ebenso auch eine andere, nach welcher bei Erledigung eines Reichstagsmandates die Neuwahl innerhalb 70 Tagen anzuberaumen ist. In dem ursprünglichen sozialdemokratischen Antrage waren 60 Tage verlangt worden. Veranlaßt war diese Resolution durch die Vorkommnisse in Halle, wo die Regierung die Anberaumung der Nachwahl in standalßer Weise verzögert hatte, offensichtlich deshalb, weil die Wahl eines Sozialdemokraten mit Sicherheit zu erwarten war.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes wurde die vielbesprochene Mannesmann-Angelegenheit noch einmal einer gründlichen Besprechung unterzogen. Es handelt sich um eine kapitalistische Gesellschaft, die sich vom Sultan von Marokko die Konzession zur Ausbeutung von Minen hatte verleihen lassen. Die Reichstagsfähigkeit dieser Konzessionen wurde von anderer Seite, wie sich später zeigte, mit gutem Grund angezweifelt und unsere Mitbürgen erhoben ein großes Geschrei, weil die deutsche Regierung in diesem

Fall vernünftig genug war, keinen Krieg anzuzetteln, um den Gebrüder Mannesmann zu dem erwarteten Profit zu verhelfen. Bei dieser Angelegenheit trat der seltene Fall ein, daß die Sozialdemokraten den zu Unrecht angegriffenen Staatssekretär in Schutz nahmen. Dagegen waren sie geneigt, gegen den deutschen Konsul in Manaus in Brasilien die Anklage zu erheben, daß er durch falsche Auskünfte verschuldet hat, daß eine größere Anzahl deutscher Arbeiter sich zum Bau der Madeira-Mamoré-Eisenbahn anwerben ließ, wo sie große Leiden auszustehen hatten, denen viele erlagen. Die Verchtigung dieser Klagen wurde von der Regierung zugegeben.

Die vom Reichstag ausgesetzten 4 Millionen zur Unterstützung der infolge des neuen Tabaksteuergesetzes arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter reichen, wie vorausgesehen war, für den Zweck nicht aus. Von der Budgetkommission ist deshalb beantragt worden, weitere 750 000 Mk. in den Etat einzustellen, die zur Gewährung von Beihilfen „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ verwendet werden sollen. Von den Sozialdemokraten wurde beantragt, diese Beschränkung zu streichen, also die Unterstützung wie bisher lediglich auf Grund der Tatsache der Arbeitslosigkeit zu gewähren. Dieser Antrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen; das „arbeiterfreundliche“ Zentrum stimmte mit 2 Ausnahmen dagegen. Diese Ausnahmen betrafen jedoch nicht Zentrums-Arbeiterabgeordnete. Die christlichen Gewerkschaftssekretäre hatten sich gedrückt. Als Arbeiter hätten sie für den, auch im Interesse der christlichen Tabakarbeiter gelegenen Antrag stimmen müssen, als Zentrumsmitglieder hatten sie jedoch die Verpflichtung, in arbeiterfeindlichem Sinne ihre Stimme abzugeben. In diesem Dilemma zogen sie es vor, rechtzeitig zu verschwinden. Christliche Arbeiterpolitik!

Die dritte Lesung des Etats wurde in einer einzigen Sitzung, am 17. März, erledigt. Diese Sitzung begann recht ruhig. Unter anderem nahm beim Etat des Reichsgesundheitsamts Genosse Südekum das Wort, um auf die Mängel der Milzbrandverordnung hinzuweisen, und die Forderungen zu begründen, die von unserem Verband im Interesse der Bürsten- und Pinselmacher schon lange erhoben werden. Als dann mit der Beratung des Militäretats begonnen wurde, kam es zu Stürmszenen, die einerseits durch die Provokationen des Junkers von Oldenburg, andererseits durch die parteiische Geschäftshandhabung des Vizepräsidenten Spahn hervorgerufen wurden. Herr von Oldenburg hatte den bayerischen Militärbeamteten wegen einer Äußerung des bayerischen Kriegsministers im Landtag interpelliert. Der Kriegsminister hatte nämlich dort eine schnoddrige Bemerkung des Junkers als Geschmacksverwirrung und Entleerung bezeichnet. Durch die Erklärung des Militärbeamteten erklärte sich Herr v. Oldenburg für befriedigt. Sein Auftreten war aber so grotesk, daß es notwendig den Spott herausfordern mußte. Einige Abgeordnete der Linken machten auch aus ihrer Ansicht kein Hehl, das erbot sich den Januschauer Junker so, daß er den betreffenden Abgeordneten die Ehre absprach. Gätte wegen dieser unverschämten Beleidigung der amtierende Vizepräsident Spahn den frechen Junker zur Ordnung gerufen, dann wäre die Sache damit für die Öffentlichkeit wahrscheinlich erledigt gewesen. Herr Spahn ist aber Zentrumsmitglied und meint, auf die ihm gesinnungsverwandten Konservativen Rücksicht nehmen zu müssen. Es entstand deshalb eine große Aufregung im Saale, die sich erst legte, als sich Herr Spahn, von den verschiedensten Seiten auf seine Pflicht hingewiesen, dazu verstand, den reichlich verdienten Ordnungsruf auszusprechen.

Neue Stürmszenen gab es am Schluß dieser lebhaften Sitzung. Auf die Frage eines freisinnigen Abgeordneten, ob die konservative Partei das Auftreten ihres Mitgliedes billige, erklärte der Führer der Konservativen, v. Normann, daß seine Partei den Ordnungsruf gegen Herrn von Oldenburg für gerechtfertigt halte. Er entschuldigte aber dessen Verhalten damit, daß er gereizt worden sei. In der Auseinandersetzung, die sich hieran knüpfte, nahm von Oldenburg noch einmal das Wort und erklärte, daß er den von ihm beleidigten Abgeordneten „zur Verfügung“ stehe. In der feudalen Ausdrucksweise bedeutet das eine Forderung zum Duell. So wurde es auch allgemein aufgefaßt, nur der Präsident, Graf Schwerin-Löwis, ein Klassen-genosse des Junkers Oldenburg, hatte diese Auffassung nicht. Deshalb schritt er auch nicht gegen den Januschauer ein, sondern bemühte sich, den von dem übermächtigen Junker schwer beleidigten vollparteilichen Abgeordneten Gaußmann zur Mäßigung zu mahnen, als dieser seinen Gefühlen deutlich Ausdruck gab. Herr Gaußmann versicherte zum Schluß, daß er Herrn von Oldenburg, diesen Don Quixote, nicht mehr reist nehme, worin ihm sicherlich der überwiegende Teil des deutschen Volkes beistimmt. — Diese stürmische Sitzung war die letzte vor den Osterferien. Die nächste Sitzung findet am 12. April statt.

Die Wirkung des Schnapsboikotts. Der Rückgang des Konsums von Trinkbranntwein, wie er in den amtlichen Feststellungen für die Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. Januar 1910 in Erscheinung trat, ist den Schnapsinteressenten arg in die Glieder gefahren. Auf der Generaterversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten wurde versucht, diesen Erfolg des sozialdemokratischen Schnapsboikotts zu leugnen und den Rückgang des Schnapskonsums als eine direkte Folge des neuen Steuergesetzes hinzustellen. Immerhin sind aber die Schnapsbrenner auf die Abstinenten herzlich schlecht zu sprechen. Der Reichent in jener Versammlung, Geheimrat Delbrück, meinte, daß gegen die international organisierte fanatische Abstinenzbewegung die Abwehr mit allen Mitteln geboten sei. Ein anderer Redner aus der edlen

Gilde der Schnapsbrenner, Herr Hans Ebler zu Putlik, führte aus, „er zitierte jedesmal, wenn das Brennereigewerbe vor den Reichstag geladen werde. Die politischen Kämpfe um das Brennereigewerbe würden ja auch in der Zukunft nicht ausbleiben. Die Freunde des Brennereigewerbes in den verschiedenen Parteien, vor allem die Konservativen, haben dafür gesorgt, daß die Befassung für uns nicht zu groß geworden und möglichst schonend verfahren worden ist.“ Das ist allerdings richtig. Die Junter im Reichstage haben dafür gesorgt, daß ihre schnapsbrennenden Standesgenossen durch die erhöhte Schnapssteuer nicht in ihren Profitinteressen geschädigt werden. Aber die arbeitende Bevölkerung hat durchaus kein Interesse daran, die Geldsäcke der Schnapsbrenner zu füllen; deshalb enthält sie sich des Schnapsgenusses.

Die Wirkung des Schnapsboikotts wird auch nicht dadurch illusorisch gemacht, daß der unbestreitbare Rückgang des Konsums auf alle möglichen anderen Ursachen zurückgeführt wird. So suchte in einer am 27. Februar in Leipzig abgehaltenen Versammlung des Vereins der Großdestillateure Sachsen der Syndikus des Vereins den Rückgang des Schnapsverbrauchs durch den Hinweis auf den milden Winter zu erklären. Aber ganz geheimer scheint ihm die Sache doch nicht, deshalb erklärte er weiter, daß der verminderte Schnapskonsum den Junters nicht geschadet habe. Die Hauptleidtragenden seien die Gastwirte, die Destillateure, die Wötcher, Korbmacher, Glasbläser, Steinbruder, Korfschneider, Lagerarbeiter und die im Branntweingewerbe und seinen Hilfsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Diese Wirkung könne sicher nicht der Wille der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sein. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, Fühlung mit dem Zentralverbande der Großdestillateure Deutschlands und anderen Vereinigungen zu nehmen, um auf irgendeine Weise „Aufklärung über diese nichtgewollte Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsboikotts“ zu schaffen.

Diese Fürsorge der Großunternehmer für die durch den Schnapsboikott geschädigten Arbeiter ist wirklich rührend. Die selbstverständlich durchaus „uneigen-nützige“ Aufklärungsaktion wird aber wenig helfen. Wenn wirklich auch Arbeiter durch den verminderten Schnapskonsum geschädigt werden, dann muß dieser Nachteil angesichts der ungeheuren kulturellen Bedeutung, die der Verdrängung des Schnapsgenusses innewohnt, in den Kauf genommen werden. Erfreulicherweise hält auch der Rückgang im Verbrauch von Trinkbranntwein an. Es liegen nunmehr auch die Bissen für den Monat Februar vor, so daß Vergleiche für die ersten fünf Monate nach dem Inkrafttreten des neuen Branntweinsteuer-gesetzes gezogen werden können. Danach betrug:

	1908/1909	1909/1910
Alkoholverzehrung	2 846 420 Liter	2 209 015 Liter
Gewerblicher Verbrauch	753 818 "	704 719 "
Trinkerverbrauch	1 072 284 "	780 286 "

Der gewerbliche Verbrauch von Alkohol hat also zugenommen, dagegen ist der Trinkverbrauch gegenüber dem Vorjahr um mehr als 31 Proz. zurückgegangen. Während er im Vorjahr den gewerblichen Verbrauch noch beträchtlich überstieg, blieb er jetzt nicht unerheblich hinter diesem zurück. Und dieser Rückgang hatte zur Folge, daß die Alkoholverzehrung um 16 Proz. zurückging. Diese Bissen sind hocherfreulich. Sie zeigen, daß der Branntweinboikott wirkt, und diese Wirkung wird den Eifer der Arbeiterschaft in der Bekämpfung des Schnapsgenusses noch steigern. Auf den Kammer der Junter und der sonstigen Schnapsinteressenten brauchen wir hierbei keine Rücksicht zu nehmen.

Aus der amtlichen Streikstatistik. Im ersten Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches werden die vorläufigen Ergebnisse der amtlichen Streikstatistik für das Jahr 1909 veröffentlicht. Danach wurden im Jahre 1909 1116 Streiks begonnen und 1419 beendet. Von den beendeten Streiks wurden 4508 Betriebe betroffen, von welchen 1228 zum völligen Stillstand gebracht wurden. In den betroffenen Betrieben wurden 242 210 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 91 803, wozu noch 8298 gezwungen Feiernde kamen. Von den Streiks waren 255 voll und 488 teilweise erfolgreich, dagegen 676 erfolglos. — In der gleichen Zeit wurden 59 begonnene und 106 beendete Aussperrungen gezählt, die sich auf 1667 Betriebe mit 35 606 Arbeitern erstreckten. 200 Betriebe kamen zum völligen Stillstand. Die Höchstzahl der gleichzeitig Aussperrten betrug 22 172 und gezwungen feierten 896. Von den Aussperrungen hatten 46 einen vollen Erfolg, 51 waren teilweise erfolgreich und 9 erfolglos.

Die amtliche Streikstatistik beruht bekanntlich auf den Angaben der Unternehmer und der Polizeibehörden. Wiederholte Vergleiche der amtlichen Zahlen mit den Ergebnissen der gewerkschaftlichen Streikstatistik haben ergeben, daß die amtliche Statistik äußerst mangelhaft ist, so daß ihr jeder Wert abgeht. Trotzdem die Regierung schon des öfteren auf diese Mängel hingewiesen und ihr der Weg gezeigt wurde, sie zu vermeiden, verharret sie darauf, lieber die nutzlose Arbeit weiter zu machen, als den Wünschen der Gewerkschaften entgegenzukommen. Eine brauchbare Streikstatistik läßt sich ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften nicht herstellen. Diese kann aber nur gewährt werden, wenn auf die Fragen verzichtet wird, die für die Statistik keinen Wert haben und die nur dazu dienen, Material für eine künftige Buchhausbilanz zu beschaffen.

Der Genuß von Hundefleisch hat im vierten Quartal 1909 wiederum eine Steigerung erfahren. Nach der amtlichen Statistik der Schlachtvieh- und Fleischbeschau wurde in den Monaten Oktober bis Dezember 1909 die Fleischbeschau an 2443 Hunden vorgenommen gegen 2312 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Als ein Zeichen steigenden Wohlstandes der arbeitenden Bevölkerung wird man diese Steigerung des Hundefleischkonsums wohl nicht ansehen können, wenn auch der größte Teil, nämlich 1076 von den insgesamt 2443 im vierten Quartal geschlachteten Hunden auf den Monat Dezember entfällt, also vermutlich als Festbraten Verwendung gefunden hat. Die meisten Hunde, nämlich 1494, wurden im Königreich Sachsen geschlachtet, davon 653 in der Kreishauptmannschaft Chemnitz. Auch das Herzogtum Anhalt weist mit 182 Hunden einen ziemlich starken Verbrauch auf. Von den preu-

ßischen Regierungsbezirken stehen Breslau mit 250 und Liegnitz mit 130 an erster Stelle. — Bei dieser amtlichen Statistik handelt es sich natürlich nur um die Hunde, die zur Fleischbeschau gestellt wurden. Für die sicherlich nicht kleine Zahl von Hunden, die zum menschlichen Genuß geschlachtet wurden, ohne untersucht worden zu sein, fehlt jeder Anhalt.

Christliche Volkslieder. Wir werden um Aufnahme nachstehender Notiz gebeten: Christliche Volkslieder werden inhaltsreich zu wissenschaftlichen Zwecken von Hans Dittwald, Zehlendorf, Karlstraße 28, dem Herausgeber der Lieder aus dem Stein und der Großstadt Dokumente, gesucht. Wer solche kennt oder besitzt, möge sie an den Herausgeber in den allernächsten Tagen einsenden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In voriger Woche haben wir sämtlichen Zahlstellen eine Anzahl der kleinen Broschüre „Glück zum Gesellen“ als Willkommengruß an die Ausgelernten“ zugesandt. Diese neue Agitationschrift ist, wie schon ihr Titel besagt, für die zu Ostern aus der Lehre entlassenen jungen Kollegen bestimmt. Wir er-suchen die Lokalverwaltungen, ihre unentgeltliche Verbreitung an die gedachten Empfänger sofort zu veranlassen und auch sonst dahin zu wirken, daß die Ausgelernten spätestens vier Wochen nach beendeter Lehrzeit ihre Aufnahme in den Verband vollziehen lassen, damit ihnen die für diesen Fall vorgesehenen Vergünstigungen des Statuts zuteil werden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 14. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaleitrags erteilt, monach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. April beträgt: Wachen 60 Pf., Celle 70 Pf., Dresden 85 Pf., Düsseldorf 80 Pf., Hall 60 Pf., Hartha 65 Pf., Mainz 80 Pf., M. Gladbach 65 Pf., Neuhäusen 60 Pf., Reine 65 Pf., Rastatt 75 Pf., Rostock 65 Pf., Schleuditz 65 Pf., Siegen 70 Pf., Strausberg 70 Pf., Tutzingen 65 Pf., Weimar 70 Pf.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für März über die Zahl der Arbeitslosen spätestens am 4. April zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen, in denen keine arbeitslosen Mitglieder vorhanden waren, eine Berichtskarte einsenden müssen. In diesem Fall ist auf derselben nur die Mitgliederzahl anzugeben. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß auf der Vorderseite der Berichtskarte nur die Arbeitslosen am letzten Tage des Monats, nach Berufen getrennt, aufzuführen sind.

Auch ist hier die zur Auszahlung gelangte Krankenunterstützung sowie die Zahl der Empfänger anzugeben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 121485 Alfred Berke, Stuhlpolierer, geb. 1. 6. 86 zu Waldheim.
- 151825 Franz Mohr, Tischler, geb. 12. 9. 77 zu Germersheim.
- 290676 Wilhelm Ludow, Stellmacher, geb. 22. 10. 87 zu Merxheim.
- 292753 Tabcus Wojecichowski, Tischler, geb. 28. 4. 79 zu Gnesen.
- 331501 Robert Wiczner, Tischler, geb. 17. 6. 61 zu Pilsen.
- 447303 Bernhard Schönwald, Polierer, geb. 12. 6. 88 zu Rostock.
- 477807 Paul Hennig, Tischler, geb. 26. 3. 90 zu Unfinden.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.
Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Gau Frankfurt. Der Gau-tag findet am 9. und 10. April in Mainz im „Goldenen Pfing“, Belschnonnengasse 34, statt. Die Tagesordnung sowie die Anträge sind den Zahlstellen bereits zugegangen. Die Verhandlungen beginnen Samstag, den 9. April, 6 Uhr abends. Wegen Regis wollen die Delegierten sich an Volk. Bapt. W. e. i. Mainz, Heidelbergerstraße 15 p., wenden.

Der Gauvorstand. J. A.: G. Budendahl.

Korrespondenzen.

Nachstetten (Allgäu). Schon öfters mühten wir uns mit der Firma Gmeinder, Bau- und Möbelfabrik, beschäftigen. Sehr oft werden tüchtige Schreiner auf dem Arbeitsamt Ulm gesucht, ebenso im „Allg. Volksfreund“. Der Wechsel ist sehr groß. Herr Gmeinder klagt immer, es fehle an gelerntem tüchtigen Arbeitern. Warum dies so ist, davon wird nichts gesagt. Unsere Kollegen sind größtenteils auf eigene Verpflegung angewiesen, einen regelmäßigen Gehalt an Samstagabend kennen wir aber nicht. Gelegentlich gibt's einmal ein paar Mark Abschlag. Hierin muß eine Veränderung geschaffen werden. Dann wird auch Herr Gmeinder einen tüchtigen Stamm von Arbeitskollegen für längere Zeit halten können.

Brieg. In unserer letzten Mitglieder-versammlung referierte Kollege Pachna-Breslau in einem einstündigen Vortrag über das Thema: „Für was kämpfen wir?“, wofür ihn reichlich Beifall lohnte. Sodann gab die Lokalverwaltung Bericht über die Erledigung der Differenzen beim Tischlermeister Dreuschke. Bekanntlich wurde im vorigen Jahre mit dem Arbeitgeberschutzverband ein Tarif abgeschlossen. Da Herr Dreuschke damals der Verhandlungskommission angehörte, waren die Kollegen in dem Glauben,

daß er den Tarif anerkennt, trotzdem er dem Schubverband nicht als Mitglied angehört. Da in letzter Zeit öfters Differenzen wegen der Preise vorkamen, wurde eine Kommission vorstellig. Dieser erklärte er, daß er nicht daran denke, den Tarif anzuerkennen resp. zu unterschreiben. Erst als ein Vertreter vom Bauvorstande bei ihm erschien, unterschrieb er nach mehrstündigem Verhandeln den Tarif. Der Bevollmächtigte gab die agitatorischen Erfolge der letzten Zeit bekannt. Danach hat unsere Zahlstelle das erste Kundert überschritten. Doch ist hier Arbeit noch genug vorhanden, so z. B. in der Plausortelsfabrik. Dort wird jeder organisierte Kollege, der anfängt, gleich vor die Wahl gestellt: entweder aus dem Verbands- oder aus meiner Werkstelle. Nicht alle lassen sich dadurch einschüchtern. Auch dies muß für uns ein Ansporn sein, die Kollegen aufzuklären und für die Organisation zu gewinnen. Das geht um so leichter, wenn sich die Mitglieder nicht auf einzelne verlassen, sondern selbst mit Hand anlegen. Vor allem müssen aber auch die Versammlungen noch besser besucht werden wie bisher, denn dadurch wird zweifellos der Zusammenhang gefestigt.

Siebersberg. Unser im vorigen Jahre in Kraft getretener Vertrag scheint nicht gerade von großer Wirkung zu sein. hauptsächlich für Akkordarbeiten werden beliebige Preise gezahlt, weil bis jetzt noch kein fester Preisstarif besteht und die 5 Prsg., welche auf alle Preise gezahlt werden sollen, öfters erst auf Anregung der Kollegen zugerechnet werden. Im allgemeinen scheint die Konjunktur in den hiesigen Tischlerereien nicht die schlechteste zu sein, da häufig Arbeitskräfte gesucht werden. Vor allem verlangt die Firma Kallinich in auswärtigen Zeitungen, verheiratete Tischler nach hier zu ziehen. Doch lassen die Lohnverhältnisse gerade in diesem Betriebe viel zu wünschen übrig. Die Akkordpreise sind auch bei Reparaturen so niedrig gestellt, daß der Lohn öfters nicht erreicht wird. Als Grund hierfür wird dann Faulheit des betreffenden Arbeiters vorgeschützt. In solchen Fällen handelt der betreffende Meister nach unserem Vertrag und entläßt die Kollegen sofort, im übrigen findet er es nicht für nötig, als Schlichtungskommissionsmitglied an den Sitzungen teilzunehmen. Kürzlich hat ein Kollege den Akkord wegen schlechter Bezahlung liegen lassen und wurde vom Gewerbeamt zur Fertigstellung oder zu 80 Mk. Entschädigung verurteilt. Da er aber dem Urteil nicht nachkommt, so hat er seine neue Arbeitsstelle auf Veranlassung des Herrn Kallinich eingekauft. Um sich vor Enttäuschungen zu bewahren, ersuchen wir die auswärtigen Kollegen, sich erst bei der hiesigen Verwaltung nach den Verhältnissen zu erkundigen. Den hiesigen Kollegen aber empfehlen wir, mehr Kollegialität zu üben und sich nicht durch persönlichen Zwist aufzureiben, sondern lieber die Verwaltung in der Aufklärung und Agitation zu unterstützen.

Kreuzburg in Obereschlesien. Bei der hiesigen Firma Lederer werden ständig Ueberstunden gemacht, trotzdem die normale Arbeitszeit hinedies schon 11 Stunden täglich beträgt. Es kommt vor, daß bis 10 oder 12 Uhr nachts, Sonnabends sogar bis 4 Uhr früh geschuftet wird. Dabei erzielen die Kollegen trotz der Ueberstunden etwa keinen hohen Wochenlohn. Die Akkordpreise sind vielmehr so kalkulierbar, daß Ueberstunden notwendig sind, um überhaupt auf einen Lohn zu kommen. Das hat der Werkmeister heilig fest zu sagen. Für eine Dreifüllungsstür mit glattem Futter gibt es 1,70 Mk. Dabei muß der Geselle noch selbst zuschneiden. Die Lohnzahlung findet nur alle 14 Tage statt. Wer bei diesen Verhältnissen nicht zufrieden ist, kann ja gehen, heißt es bei Beschwerden. Den Verband will Herr Lederer in seinem Betriebe nicht dulden, obgleich er sich auch daran wird gewöhnen müssen. Um die Kollegen vor Forderungen zurückzuführen, wird gepöbelt, daß man Breslauer und Berliner Arbeiter bekommen könne, so viel man nur haben will. Damit es uns möglich ist, bessere Verhältnisse zu schaffen, bitten wir alle Kollegen, den Betrieb nicht zu überlaufen und bei Arbeitsangeboten stets erst bei der Ortsverwaltung Erkundigung einzuziehen.

Leipzig. (Wüstmann & Co.) In der Bürstenfabrik der Firma Stein, Wittenberger Straße 10, sind in letzter Zeit fast unerträglich Zustände für die dort beschäftigten Kollegen eingetreten. Es werden die Kollegen und Kolleginnen bei Lieferung der Arbeit auf das heftigste drangsalirt und mit Rausschmeißen bedroht. In dieser Art der Behandlung der dort Beschäftigten leistet der Leiter des Geschäfts, Herr Breichmann, und der Markthelfer, Herr Böllig, ganz Erkelliches. Verbittet sich nun ein Kollege einmal diese Unverschämtheit, so wird ihm prompt zur Antwort: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen; wir bekommen zu jeder Stunde andere Gesellen, es melden sich alle Tage welche.“ Wir möchten nun die nach hier zureisenden Kollegen darauf aufmerksam machen, die Firma Stein nicht zu überlaufen, sondern den Arbeitsnachweis der Zahlstelle zu benutzen, da die Arbeitsverhältnisse genannter Fabrik nicht so rosig sind, als die Firma Stein vielleicht den Kollegen zu schildern beliebt.

(Modell- und Fabriktschler.) In der am 10. März stattgefundenen Mitgliederversammlung berichtete der Vorsitzende über die Differenzen der Firma E. Corinus Nachf. in Lindenau, welche zur Zufriedenheit der Kollegen beigelegt sind. Gleichfalls haben sich die Arbeitsverhältnisse der Firma Kunde u. Delitzscher gebessert. Des weiteren wurden die Vorkommnisse bei der Firma Scholz u. Co. (Leipzig-Lindenau) besprochen. Obgleich ein Mindestlohn von 55 Pf. in den hiesigen Modelltschlerereien schon seit Jahren besteht und auch von dieser Firma anerkannt wurde, versucht man jetzt dort niedrigere Löhne einzuführen. Zu diesem Zwecke sucht die Firma Scholz u. Co. in auswärtigen Zeitungen Modelltschler, unter anderem auch im „Berg- und Hütten-Anzeiger“. Kommt nun ein Kollege von auswärts, so stellt ihn die Firma ein, und er sieht dann erst, wie er hereingefallen ist. Ueber ein Zirkular der Zentralkommission der Modelltschler, einen Antrag Hamburg betreffend, entspann sich eine rege Debatte. Es wurde ein Antrag angenommen, daß man sich im Prinzip damit einverstanden erklären könne, im weiteren aber der Antrag Hamburgs noch verbesserungsbedürftig sei. Gleichzeitig machen wir alle zureisenden Kollegen auf unseren Arbeitsnachweis, Volkshaus, Zeislerstr. 32, aufmerksam, da die Arbeitsvermittlung nur durch Kontrollschein, welcher daselbst ausgefüllt wird, bestätigt wird.

München. (Klavierarbeiter.) Die Firma Verdulo sucht in der „Musikinstrumentenbauzeitung“ tüchtige Zusammensetzer. Wir möchten die Kollegen darauf aufmerksam machen, daß in der Fabrik sämtliche Plätze besetzt sind und die neu eingestellten Arbeiter als Arbeitsbewegung zur Aussperrung kommen sollte. Die Kollegen ersuchen wir, den Inseraten keinen Glauben zu schenken.

Münchberg. (Schreiner.) Unser Ort ist jährlich das Ziel vieler reisender Kollegen, von denen eine Anzahl bei uns Quartier nimmt, um auf längere oder kürzere Zeit ihre Kunst hier auszuüben. Nun haben wir zwar hier nichts dagegen, müssen aber von den zugereisten Kollegen verlangen, daß sie unter allen Umständen nur zu den tariflichen Bedingungen arbeiten. Erhält doch jeder Kollege, der sich in unserem Bureau meldet, einen gedruckten Tarifvertrag unentgeltlich ausgehändigt. Meist vollzieht sich aber bei den hier zugereisten Kollegen folgender Vorgang: Bevor die Kollegen hier ankommen, erfahren sie, daß es in Münchberg 80 Pf. Gehalt gibt, welches im Arbeitsnachweis des Wanderunterstützungsvereins ausgezahlt wird. Ist Arbeit vorhanden, so muß der Reisende diese annehmen. Die Kollegen kommen dann meist zu Kleinmeistern, wo sie gewöhnlich allein, manchmal auch zu zweien, arbeiten. Obwohl dann der Kollege weiß, daß hier ein Tarifvertrag besteht, wird trotzdem weder auf Arbeitszeit noch auf Lohn gehalten. Hat man dann das Glück, nach öfteren Versuchen an den Kollegen heranzukommen, so erhält man gewöhnlich, wenn man sie auf ihr Verhalten aufmerksam macht, die Antwort: „Ich bleibe nicht lange hier, ich will mich nur aus dem Bruch machen!“ Damit ist uns aber nichts gedient, denn der nächste, der nachkommt, sagt das gleiche und der Arbeiter hat dadurch bei längerer Arbeitszeit und billigerem Lohn das ganze Jahr Wesellen. Diese organisierten Kollegen geben sich dadurch dazu her, die von ihnen Kollegen in hartem Kampfe erzwungenen Bedingungen Mißtrauisch zu machen. Wir rufen deshalb allen Kollegen zu: Arbeitet nur zu den in der Zahlstelle bestehenden Bedingungen. Versucht eure Versammlungen!

Stolpen. Im Betriebe des Baumeisters Uhlmann (Hobel- und Sägewerk) sind außer den Holzarbeitern auch 8 Tischler und ebensoviel Maschinenarbeiter beschäftigt, welche Löhren und Fenster anfertigen, auch für außerhalb. Die Tischler arbeiten nach Tarif, die Maschinenarbeiter im Stundenlohn von 27-35 Pf. Jetzt hat nun Herr Uhlmann einen neuen Tarif herausgegeben mit circa 25 Prsg. Abzug, trotzdem die Tischler selbst nach dem alten Tarif auf einen normalen Wochenverdienst nicht kommen. Das Türen- und Fensterereisen besorgen in der Regel die Zimmerleute, da diese sich selber helfen, wenn einmal ein Gewände ein paar Zentimeter außer Lot steht, was öfter vorkommen soll. Von wem Herr Uhlmann seine Türen und Fenster einsehen läßt, ist ganz seine Sache, wenn nur die Zimmerleute auch nach dem Dresdener Tischlergehalt bezahlt würden, wenn sie in Ehemuth arbeiten. Die Zimmerer bekommen dort übrigens nur 1,50 Mk. Auszahlung pro Tag. Hoffentlich nimmt der Zimmererverband davon Kenntnis und sucht seine Mitglieder auf das ungerechte Verhalten aufmerksam zu machen. Kollegen, bedenk die taurige Lage, laßt Euch nicht länger von Herrn Uhlmann beschimpfen oder auch noch Schläge anbieten, wie es erst vor kurzem geschehen ist, sondern sucht solche Mißstände zu beseitigen, indem Ihr zur Organisation haltet.

Werden a. d. M. Der Verband hat hier noch ein großes Feld zu bearbeiten, sind doch hier circa 150 Holzarbeiter beschäftigt, davon aber nur 40 Kollegen organisiert. Auch diese 40 Kollegen halten es nicht für nötig, zur Versammlung zu erscheinen, kommt es doch vor, daß Versammlungen infolge schlechten Besuches ausfallen müssen. Darum, Kollegen, kommt regelmäßig zur Versammlung und helfe ein jeder dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Laßt die persönlichen Streitigkeiten, denn nur durch Einigkeit können wir hier etwas erreichen.

Unsere Lohnbewegung.

Die Abwicklung unserer Tarifbewegung macht weitere Fortschritte. Zu den in der vorigen Nummer genannten Orten, in welchen die Vereinbarungen von beiden Parteien angenommen wurden, sind bis Ostern noch folgende Städte hinzugekommen: Braunschweig, Düsseldorf, Halle, Harburg, Hildesheim, Lübeck, Lüneburg und Potsdam mit Nowawes. Die endgültige Regelung steht noch aus in Oberschlesien, Bernburg, Brandenburg, Bromberg, Dresden, Erfurt, Guben, Königsberg, Stettin, Thorn und Zittau. In einem Teil dieser Orte, z. B. in Brandenburg und Erfurt, handelt es sich nur um kleinere redaktionelle Aenderungen des vorliegenden Vertragsentwurfs. In Hannover sind sich die Parteien über den materiellen Inhalt des Vertrages einig. Die Arbeitgeber zögern aber mit der Leistung der Unterschrift, weil sie wünschen, daß einige Beschwerden über den Arbeitsnachweis zuvor in einer Sitzung zur Sprache gebracht werden, an welcher Vertreter der beiderseitigen Zentralkomitees teilnehmen. Diese Sitzung hat wegen anderweitiger Inanspruchnahme der betreffenden Personen noch nicht stattfinden können. Auch in einigen weiteren Orten ist der endgültige Abschluß der Bewegung nur durch Kleinigkeiten verzögert worden; allerdings sind auch andere darunter, wo die Anerkennung des Vertrages noch ernstere Schwierigkeiten bereiten dürfte. Hierüber wird wohl die nächste Zeit Klarheit bringen.

In Königstein haben in der Güttners Möbelfabrik am 19. März die Drechsler gekündigt. Da denselben der Lohn verschlechtert wurde, erlaubten sie sich, hiergegen vorstellig zu werden, worauf ihnen die Antwort wurde: „Die Preise mache ich und wem's nicht paßt, der kann ja gehen!“ Diesen guten Rat haben nun die Drechsler befolgt. Da auch sonst wenig ideale Zustände in dem Betriebe bestehen, kann man nur allen Drechslern raten, denselben soweit wie möglich aus dem Wege zu gehen.

In Prag bei Offen ist es in der Möbelfabrik von Gehmann zum Ausstand gekommen. Eine Reihe von Verhandlungen mit dem Firmeninhaber am Orte, in Berlin, und wieder am Orte zeitigten nur ein äußerst minimales Ergebnis, mit welchem sich die Kollegen unmöglich einverstanden erklären konnten. Von der Organisationsleitung der Arbeiter wurden alle nur möglichen gangbaren Wege zu einer friedlichen Verständigung angebahnt, jedoch ohne Erfolg. Durch die Abreglung mehrerer Kollegen während der Verhandlungen trug Herr Gehmann noch wesentlich zur Verschärfung der Situation bei. An dem Ausstand sind sämtliche Kollegen, circa 50 an Zahl, beteiligt. Derselben sind sämtlich organisiert. Die Kollegen Deutschlands wollen Besuche verschonen, dann wird auch Herr Gehmann sich schon bemühen sehen müssen, andere weitergehende Zugeständnisse machen zu müssen.

In Abtau in Sachsen und in Georgswalde in Böhmen dauert der Streit in den Pianofortefabriken der Firma August Förster noch immer unverändert fort. Die Firma ist eifrig auf der Suche nach Streikbrechern. Im Arbeitsmarkt werden von ihr Polierer nach „Ebersbach in Oesterreich“ gesucht. Das ist eine Finte. Ebersbach liegt in Sachsen an der österreichischen Grenze und unserer hiesigen Zahlstelle gehört ein größerer Teil der in Georgswalde jenseits der Grenze beschäftigt gewesenen Kollegen als Mitglieder an. Herr Förster hat sich auch der Dienste der berühmtesten Streikbrecherfirma Auguste Müller in Wandlitz verschert. Uns liegt ein Brief vor, den der Mann dieser Auguste, der Streikbrecheragent Walter Müller, einem Kollegen geschrieben hat. Er will diesen als Polierer nach „Ebersbach in Oesterreich“ verschleusen und verpflichtet ihm freie Fahrt von Hamburg aus. Der Stundenlohn betrage 45 bis 50 Pf., im Akkord bedeutend höher. In diesem Fall ist der Seelenverkäufer an die verkehrte Adresse geraten. Es wäre zu wünschen, daß seine Lodungen überall die gleiche Aufnahme fanden. Jedenfalls ist der Zugang nach Abtau, Ebersbach und Georgswalde streng fernzuhalten.

Ausland.

In Dornbirn (Vorarlberg) haben die Bürstenmacher ihren Meistern zur Herstellung geregelter Lohnverhältnisse einen Tarif überreicht. Die Meister wollen auf dieses Verlangen nicht eingehen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es zu längerem Kampfe kommt. Wir ersuchen alle Kollegen, welche auf der Reise sind oder auf die Reise gehen wollen, Dornbirn zu meiden. Die hiesigen Meister suchen speziell in deutschen Zeitungen Arbeiter. Darum bitten wir die Kollegen Deutschlands besonders, auf solche Inserate achtzugeben.

Aus der Holzindustrie.

Schutz gegen Brandgefahr in Zellulose verarbeitenden Betrieben.

Die mit der zunehmenden Verwendung von Zellulose wachsende Brandgefahr in den diesen neuen Rohstoff verarbeitenden Branchen hat eine große Beunruhigung unter den beteiligten Arbeitern hervorgerufen. Zellulose, das in der Kamminindustrie, in der Stofffabrikation, bei der Herstellung von Schirmen, in der Galanteriewaren- und Luxuspapierfabrikation usw. mannigfache Verwendung findet, ist in hohem Maße brand- und explosionsgefährlich. Und zwar entzünden sich namentlich mindere Qualitäten schon bei ganz niedrigen Temperaturen. Mit der dadurch entstehenden Gefahr haben die Sicherheitsmaßnahmen in den Fabrikationsräumen nicht Schritt gehalten, und zahlreiche Brände, bei denen Menschenleben umkamen und in anderen Fällen in erheblicher Gefahr schwebten, waren die Folge.

Seit Jahr und Tag haben die Arbeiter, die unter diesen Umständen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, versucht, die Oeffentlichkeit auf diese außerordentliche Gefahr aufmerksam zu machen. In zahlreichen Städten der Zelluloseindustrie haben in den letzten Jahren Arbeiterversammlungen stattgefunden, in denen der Wunsch nach Maßnahmen zur Einschränkung der Brandgefahr in Zellulose verarbeitenden Betrieben zum Ausdruck gebracht wurde. Jetzt haben sich die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen der Sache angenommen. Die Vorstände des Deutschen Holzarbeiterverbandes, des Deutschen Buchbinderverbandes und des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands haben gemeinsam eine Petition an den Bundesrat und Reichstag um Erlass einer Bundesratsverordnung für die in der Zellulosebranche beschäftigten Arbeiter gerichtet.

Die Eingabe stützt sich in der Hauptsache auf vom Holzarbeiter- und Buchbinderverband veranstaltete Entwürfe, die sich auf 150 Betriebe mit 7080 Arbeitern erstreckte. Außerdem ist ein ausführliches Gutachten des Professor Dr. Th. Petersen beigegeben. Gefordert wird zunächst, daß die Zellulose verarbeitenden Betriebe konzeptionspflichtig nach § 16 der Gewerbeordnung gemacht werden. Die Arbeitsräume sollen nur zur ebenen Erde oder in der obersten Etage eines Hauses liegen; in gemischten Betrieben sollen die Räume, in denen Zellulose verarbeitet wird, von den übrigen Räumen getrennt sein. Die Arbeitsräume sollen ferner so geräumig sein und die darin befindlichen Maschinen usw. so aufgestellt sein, daß dem Arbeiter im Falle der Gefahr eine schnelle Flucht ermöglicht wird. Aus dem gleichen Grunde soll auf freie und genügende Ausgänge größere Sorgfalt gelegt werden. Als besondere Brandgefahr gelten die bei der Verarbeitung entstehenden Abfälle. Die feinen Späne, die an der Drehbank, beim Raspeln oder an der Fräse entstehen, entzünden sich sehr leicht, z. B. schon durch Warmlaufen an der Fräsmaschine. Die Aufbewahrung und Beseitigung von Abfällen und Staub bedarf deshalb besonderer Aufmerksamkeit.

fehl. Heizung und Beleuchtung sollen in den Arbeitsräumen ohne offenes Licht beschafft werden. Die Beschäftigung von jugendlichen Personen unter 18 Jahren, Holzarbeit und Verarbeitung von Zellulose in Gefängnissen soll verboten sein. — Das in kurzen Zügen der Inhalt der ziemlich umfangreichen Petition, der eine die gleiche Materie behandelnde österreichische Verordnung als Anhang beigegeben ist.

Ueber den Arbeitsmarkt in der Holzindustrie im Monat Februar entnehmen wir dem „Reichsarbeitsblatt“, daß in der Bauindustrie nach einem Berliner Bericht die Beschäftigung eine sehr ungenügende war. Dagegen war der milde Winter der Lausitzerfabrikation günstig, die infolgedessen gut und besser als in den Vormonaten zu tun hatte. Ebenso gut beschäftigt waren die Sägewerke in Pommern, wo die Eisfreiheit der Flüsse den am Wasser liegenden Betrieben ein unausgesetztes Arbeiten ermöglichte. Sehr gut war ebenfalls die Holzplasterfabrikation beschäftigt. Die Berliner Möbelindustrie war leidlich mit Aufträgen versehen. Die berichtenden Betriebskrankenkassen der Holzindustrie, die 10264 männliche und 2510 weibliche Mitglieder umfassen, zeigten eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder um zusammen 595. Bei der geringen Zahl der erkrankten Betriebe gibt diese Zahl natürlich kein zuverlässiges Bild der Beschäftigungslage. Die Holzwarenindustrie hatte befriedigend, zum Teil gut zu tun. Im Eisenbahnwagenbau war die Beschäftigung ganz allgemein schwach, hier und da trat sogar noch eine Verschlechterung gegen den Vormonat ein. Einige Betriebe kürzten die Arbeitszeit um 2 Stunden. Dagegen erfreute sich die Automobilindustrie nach den meisten Berichten eines guten Geschäftsganges. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise erscheint in der Holzindustrie der Andrang zu den offenen Stellen geringer als im Januar 1910 und im Februar 1909, was auf allgemein besseren Beschäftigungsgrad schließen läßt.

Die schwedischen Holzarbeiter während des Generalstreiks. Im „Bulletin der internationalen Union der Holzarbeiter“ gibt Kollege Gottfr. Björklund-Stochholm eine gedrängte Uebersicht über den Verlauf des vorjährigen Generalstreiks in Schweden. Im Anschluß daran bespricht er die Stellung des Holzarbeiterverbandes, von welchem er betont, daß er zur Zeit des Ausbruchs des Großstreiks und der Aussperrung keinerlei Differenzen mit dem Arbeitgeberverein hatte. Björklund fährt dann fort: „Die auf Eruchen der Landeszentrale erfolgte Arbeitseinstellung hatte vollständig den Charakter einer Sympathiemassnahme. Die Arbeitseinstellung der Holzarbeiter erstreckte sich, wie auch beabsichtigt, nahezu auf die gesamten Mitglieder. Nur 208 Mitglieder fehlten noch Ausbruch des Großstreiks am 4. August die Arbeit fort, jedoch aus besonderen Gründen, die anerkannt werden mußten. Da, wie wir annehmen, es für die europäischen Kollegen von Interesse sein wird, einige Zahlen kennen zu lernen, die den festen Zusammenhalt im Verbands kennzeichnen, führen wir an, daß an der Arbeitseinstellung am 4. August 9824 Mitglieder teilnahmen oder die ganze Mitgliederzahl, nach Abrechnung der Kranken und Wehrpflichtigen sowie der oben erwähnten 208 Mitglieder, die in Arbeit verblieben. Im Laufe des August traten dem Verbands neue Mitglieder in so großer Zahl bei, daß am 28. August die Zahl der am Kampfe beteiligten Verbandsmitglieder 11437 betrug. Am Kampfe beteiligte Unorganisierte wurden an diesem Tage 4152 gezählt. Am 4. September waren noch im Kampfe 11135 Mitglieder und 3374 Unorganisierte. Am 6. September wurde die Arbeit auf Grund des Beschlusses der Landeszentrale von 7285 Mitgliedern und 2747 Unorganisierten aufgenommen. Die Arbeitsaufnahme wurde 1028 Mitgliedern und 94 Unorganisierten verweigert. Die verbleibenden Mitglieder waren fortdauernd vom Streik oder Aussperrung betroffen. Mitte Dezember waren noch 400 Mitglieder von den Nachwehen des Kampfes betroffen und mußten noch vom Verbands unterstützt werden. Noch ist es zu früh, sich über das Ergebnis des Niefenkampfes zu äußern. So viel aber glauben wir doch heute schon sagen zu können, daß die Unternehmer nicht im entferntesten das erreicht haben, was sie erreichen wollten und in ihrem Uebermut zu Beginn des Kampfes erreichten zu können glaubten. Auf der anderen Seite ist festgestellt worden, daß die Arbeiter suchen müssen, Kämpfe von diesem Umfange zu vermeiden; nur im äußersten Notfalle und unter ganz außerordentlichen Umständen sind sie, wie hier gesehen, als ein Mittel zur Selbstverteidigung zu befürworten.“

Der diesjährige deutsche Tischlertag, die Generalversammlung des Bundes deutscher Tischlerinnungen wird vom Vorstand des Bundes auf den 26. und 27. Juni nach Stuttgart einberufen.

Der Jahresbericht der Zahlstelle Brandenburg an der Havel enthält eine interessante Darstellung des Vorgehens gegen die Sonntagsarbeit. In der Berggolderei Baabe leisteten die Barockberggolber trotz des entgegenstehenden Beschlusses einer Betriebsversammlung Sonntagsarbeit. Dazu war nicht einmal die behördliche Genehmigung im Betriebe öffentlich ausgehangen worden, wie dies die Gewerbeordnung vorschreibt. Da es der Firma sehr gut möglich gewesen wäre, die augenblickliche Arbeitshäufung durch Einstellung von Arbeitskräften zu begegnen, wurde von der Ortsverwaltung gegen die Erlaubniserteilung zur Sonntagsarbeit Beschwerde erhoben, deren Berechtigung nach 2 1/2 Monaten vom Regierungspräsidenten anerkannt wurde. — Die Zahlstelle selbst hatte im Jahre 1909 immer noch unter den Nachwirkungen der Krise zu leiden, obgleich Korbmacher und Stellmacher in dem großen Reichsteinstigen Betriebe voll beschäftigt waren. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 606, wovon 30 weibliche waren. Das bedeutet gegen 1908 eine geringe Zunahme.

Im Jahresbericht der Zahlstelle Nürnberg nehmen die wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1909 den größten Raum ein. Insbesondere sehen wir den 13wöchigen Streik der Schreiner, der sich an die Maiausperrung angeschlossen, nochmals sich vor unseren Augen entwickeln. Eingehend wird auch der Streik in der Zellulosewarenfabrik Gebr. Wolff gewürdigt, in dessen Verlauf unser Kollege, der Drechsler Bendler, von den Streikbrechern Brüder Gahner erschossen wurde. Drei Bilder nach photographischen Aufnahmen

zeigen uns den starken polizeilichen Schutz, den die Streikbrecher auf dem Wege von der Arbeit genossen. Wohl infolge der starken Abreise während des Schreinerstreiks weicht die Mitgliederzahl mit 4462 nur eine Zunahme von 55 auf. Dieser Zuwachs rekrutiert sich übrigens nur aus weiblichen Mitgliedern, deren Zahl von 1047 Ende 1908 auf jetzt 1171 angewachsen ist. Unter den Ausgaben steht die Streikunterstützung mit 111288 M. Hauptklasse und 40181 M. Nebenkasse obenan, während die Krankenunterstützung 21570 und 2461 M. erforderte. An Arbeitslosenunterstützung sind neben 14707 M. Hauptklasse aus der Nebenkasse 8761 M. und außerdem 9960 M. an Ausgesperrten und beim Aussehen gezahlt worden. Trotz der außerordentlichen Anforderungen des Berichtsjahres schließt die Zahlstelle mit einem Vermögen von 16635 M. ab.

Gewerkschaftliches.

Der bevorstehende Kampf im Baugewerbe. Im Baugewerbe scheint der Niefenkampf unausbleiblich. Die am 22. März in Dresden abgehaltene dritte außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat sich für den Kampf entschieden. Die Versammlung hat eine Resolution angenommen, in welcher es heißt:

„Die dritte außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verlangt, daß die Ende März d. J. abgelaufenen Tarifverträge mit den Arbeitnehmerorganisationen unter Zugrundelegung eines Tarifvertragsmusters erneuert werden, die folgende Bedingungen zu enthalten hätten: 1. Der Abschluß soll zentral erfolgen. Die vorherigen Vereinbarungen der speziellen Arbeitsbedingungen sollen nach wie vor diesen Arbeitgeberverbänden und den in Betracht kommenden Zweigverbänden der Arbeitnehmer überlassen bleiben. 2. Die Möglichkeit, die für die einzelnen Verbände geeigneten Lohnmethoden zu vereinbaren, soll durch das Vertragsmuster gesichert werden. Eine Reduzierung der Lohnhöhe ist nicht beabsichtigt. 3. Die Alltagsarbeit soll nicht nur als zweckmäßig erklärt, sondern ihre Durchführung auch im Vertrage gesichert werden. 4. Durch eine besondere Erklärung außerhalb des Vertrages soll eine Sicherung der Arbeitsnachweise insofern festgelegt werden, daß diese von den Arbeitnehmerorganisationen in keiner Weise gestört werden dürfen. 5. Eine geringere als dreijährige Vertragsdauer soll ausgeschlossen sein.“

Dieser Beschluß soll den Zentralverbänden als entscheidende Entschliebung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mitgeteilt werden. — Die heutige Versammlung erwartet gemäß den in Berlin mit den Arbeitgebervertretern getroffenen Vereinbarungen die Antwort der Arbeitnehmerorganisationen bis spätestens den 1. April und erklärt sich mit der Verlängerung der jetzt bestehenden Verträge bis längstens 14. April einverstanden.“

Der Sinn dieser Resolution ist für jedermann klar. Die Unternehmer halten die Zeit für die große Kraftprobe mit den Arbeiterorganisationen für gekommen; sie hoffen, diese im ersten Ansturm überrennen zu können. In Publikationen, die von den Unternehmern ausgehen, wird die Zahl der bei dem bevorstehenden Kampf in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter auf 817 000 geschätzt, die in 21 000 Baugeschäften arbeiten. Die Herren haben sich auch bereits ein glattes Rechenexempel aufgemacht. Die beteiligten Organisationen haben zusammen etwa 7 Millionen Mark Vermögen. Bei 20 M. Streikunterstützung ist dieses Vermögen in einer Woche aufgebraucht, und die Arbeiter müssen dann notgedrungen zu Kreuzen kriechen. Wenn die Scharfmacher im Baugewerbe die praktische Probe auf ihr Exempel machen und am 14. April mit der Aussperrung beginnen, dann werden sie finden, daß die Rechnung doch nicht so glatt aufgeht, wie sie sich das vorstellen.

Aber gleichviel, ob der Kampf den von den Unternehmern erwarteten Umfang annimmt oder ob sich nur ein Teil der Bauunternehmer zur Aussperrung entschließt, der Kampf wird für alle Fälle riesige Dimensionen annehmen und das gesamte Wirtschaftsleben auf das tiefste erschüttern. Die Arbeiter sind durch die Drohungen und Prahlereien der Unternehmer keineswegs eingeschüchtert; sie haben die Entwicklung der Dinge vorausgesehen und sind sich auf einen hartnäckigen Kampf eingerichtet. Mancherorts haben sie auch nicht übel Lust, der Ungewißheit ein Ende zu machen und ihrerseits zum Angriff überzugehen. Der Vorstand des Zimmererverbandes warnt vor solchen übereilten Schritten. Er empfiehlt den Mitgliedern in einer Bekanntmachung im Verbandsorgan, ruhig abzuwarten, ob der Arbeitgeberbund tatsächlich zur Aussperrung übergeht, und erklärt es als Aufgabe der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß ihrerseits den Unternehmern irgendeine Veranlassung zu einer allgemeinen Aussperrung nicht gegeben wird. Vorläufig wird der Verband Angriffstreiks nicht unterstützen. Am 4. April findet in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung des Zimmererverbandes statt, in welcher die weiteren Richtlinien beschlossen werden.

Die Bedeutung des bevorstehenden Kampfes für das gesamte Wirtschaftsleben macht es begreiflich, daß die Tagespresse aller Schattierungen den Vorgängen im Baugewerbe Aufmerksamkeit schenkt. Daß es, wenn die Aussperrung erfolgt, nicht so glatt abgehen wird, wie es die Scharfmacher glauben zu machen suchen, ist für jeden Einsichtigen klar. Der Kampf wird hartnäckig werden, und seine Wirkungen werden sich weit über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus fühlbar machen. Alle Berufe, die mit dem Baugewerbe direkt oder indirekt in Verbindung stehen,

werden die Folgen des Kampfes zu verspüren bekommen, und auch die in der Holzindustrie vertretenen Bau-berufe werden erstlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Gefahren des kommenden Kampfes sind nicht zu unterschätzen. Die Scharfmacher im Baugewerbe verfügen über bedeutende Machtmittel, die sie gewohnt sind, rücksichtslos zur Anwendung zu bringen. Viele Unternehmer, zum mindesten die großen unter ihnen, haben sich ihren Kunden gegenüber durch die Streiklausel geschützt, und diejenigen Unternehmer, welche sich an der Aussperrung nicht beteiligen wollen, dürften durch das Mittel der Materialsperrung genötigt werden, sich dem Willen der Drahtzieher zu unterwerfen, wenn es auch manchem von ihnen die wirtschaftliche Existenz kosten wird.

Es ist eine altbekannte Erscheinung, daß dieselben Kreise, die sich über angebliche terroristische Akte der Arbeiter nicht genug entrüsten können, in der Wahl ihrer Kampfmittel durchaus nicht wählerisch sind. Sie können das auch um so leichter, als sie wissen, daß die Staatsgewalt wohlwollend über Gesetzesverletzungen hinwegsieht, wenn es gilt, die Arbeiter und ihre Organisationen zu schädigen. Die „Soziale Praxis“ gibt sich immer noch der Hoffnung hin, daß es ihr gelingen könnte, die Regierung zu veranlassen, sich zur Vermittlung zwischen den Parteien anzubieten. Sie erinnert daran, daß sowohl der preussische Handelsminister bei der Beratung des Rechenarbeitsnachweisgesetzes, wie der Staatssekretär des Innern bei den Reichstagsverhandlungen über Tarifverträge und Arbeitskammern ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt haben, als Vermittler in sozialen Kämpfen den Parteien jederzeit gern die Hand zu reichen. Das Blatt schiebt dem Staatssekretär des Innern die Pflicht zu, sich aus, ohne daß er von einer Partei angerufen wäre, was bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auch von keiner Seite erwartet werden darf, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Der Artikel schließt: „Noch ist es Zeit, den Kampf überhaupt zu verhindern. Möge nur der Staatssekretär seine fördernde Hand den Friedensbestrebungen rechtzeitig leihen!“

Dieser Appell an die Regierung wird allem Anschein nach ungehört verhallen. Und bei der eigenartigen Auffassung von den sozialpolitischen Pflichten, die der Staatssekretär schon wiederholt betätigt hat, kann man seine Zurückhaltung, trotz Anerkennung der Berechtigung der von der „Sozialen Praxis“ aufgestellten Forderung, kaum bedauern. Die Arbeiter hätten allen Grund, die Objektivität des Staatssekretärs zu bezweifeln. Wird die Niefenaussperrung, was nun wohl kaum zu vermeiden sein wird, perfekt, dann werden sich die Bauarbeiter zunächst auf die eigene Kraft und in zweiter Linie auf die Solidarität der Arbeitererschaft in ganz Deutschland verlassen können. Diese Solidarität hat sich schon oft betätigt und sie wird auch diesmal nicht versagen. Ist doch schließlich die gesamte Arbeitererschaft daran interessiert, daß dem Uebermut der Bauherren ein Dämpfer aufgesetzt wird.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hat soeben seinen Jahresbericht für 1909 herausgegeben. Von der Bedeutung der freien Gewerkschaft innerhalb der Organisationen des Bäckergewerbes gehen einige interessante Zahlen aus. Am Jahreschluss 1909 zählte der Bäckerverband 18786 Mitglieder mit einer durchschnittlichen Einnahme von 20,80 M. pro Mitglied, der christliche Verband 1067 Mitglieder (18,85 M. Einnahme), der gelbe Bäckerbund 1515 Mitglieder (1,80 M.), ein nationaler Konditorgehilfenverband 384 Mitglieder (11,25 M.) und der Girsch-Dundersche Gewerbeverein 187 Mitglieder. Der Verband hat im Berichtsjahr mit einer außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt. Innerhalb der einzelnen Vierteljahre waren von je 100 Mitgliedern stets 20 und mehr arbeitslos, wobei auf den einzelnen Arbeitslosen stets 16 bis 17 Tage Arbeitslosigkeit entfielen. Der Verband zählte allein 83170 M. für Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Die bedeutende Arbeitslosigkeit in diesen Berufen ist nicht allein eine Folge der Krise, sondern besonders auch der unverantwortlichen Lehrlingszuchterei, die einen gewerblichen Nachwuchs weit über den Bedarf hinaus erzeugt. Trotz dieser ungünstigen Geschäftslage haben die 58 Lohnbewegungen des Jahres 1909 noch einen recht nennenswerten Erfolg gezeitigt. Von 6082 überhaupt Beteiligten erhielten 1258 Mitglieder durchschnittlich 4,8 Wochenstunden und 5586 Mitglieder durchschnittlich 1,13 M. Lohnserhöhung pro Woche. Für 3713 Beteiligte wurden Tarifverträge abgeschlossen. Mit dem Deutschen Konsumverein besteht ein allgemeiner Tarifvertrag, der acht bis höchstens neunstündige Arbeitszeit vorsieht. Diesem Vertrag waren bis Ende 1909 allein 126 Konsumvereine mit 1578 beschäftigten Bäckern beigetreten. Das ist wieder ein schöner Beweis, wie die Arbeiter als Konsumenten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen können. Bei dem Westreben, die sechsstündige statt bisher siebenstündige Arbeitswoche gesetzlich einzuführen, stellten sich die gelben Geisellen dem Verbands hindernd in den Weg und dienten dabei den Innungen als Schutztruppe. Hier gibt es noch viel Organisationsarbeit zu tun.

Der Gemeindearbeiterverband hat an den Reichstag und den Bundesrat eine Petition gerichtet, in welcher er bittet, den Titel VII der Gewerbeordnung dahin zu ändern, daß die in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter der Gewerbeordnung unterstellt werden. Gegenwärtig herrscht über die rechtliche Stellung der Gemeindearbeiter noch große Meinungsverschiedenheit. Während in einzelnen Städten für Streitigkeiten zwischen Gemeindearbeitern und Gemeindeverwaltung das Gewerbegericht als zuständig anerkannt wird, wird diese Zuständigkeit an anderen Orten bestritten und dementsprechend auch den Gemeindearbeitern die Teilnahme an der Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer verweigert. Durch die ausdrückliche Unterstellung der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter unter Titel VII der Gewerbeordnung wäre diese Rechtsunsicherheit beseitigt.

Der Verband der Kupferschmiede zählte am Schluß des Jahres 1909 4051 Mitglieder, das sind 133 weniger als am Schluß des Vorjahres. Das Verbandsvermögen hat sich im Jahre 1909 von 117 462 Mk. auf 123 088 Mk. gesteigert.

Der Metallarbeiterverband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1909 um 11 274 oder 3,11 Proz. gesteigert. Er zählte am Jahresschluß 373 340 Mitglieder, darunter 349 041 männliche, 15 648 weibliche und 7860 jugendliche. Der Verband hat an Beitrittsgeldern, Beiträgen und sonstigen Einnahmen insgesamt 10 383 507 Mk. eingenommen. An Unterstellungen wurden 7 695 903 Mk. ausgegeben; darunter an Heisegeld 324 051 Mk., an Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit 3 036 547 Mk., bei Arbeitslosigkeit 3 190 236 Mk., an Streikunterstützung 577 420 Mk., an Gemahregeltenunterstützung 249 847 Mk. Das Vermögen der Hauptklasse hat sich um 109 342 Mk. vermindert; es betrug am Jahreschluß 3 268 055 Mk.

Der sechste Internationale Metallarbeiterkongress findet am 6. und 7. September dieses Jahres in Birmingham in England statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: „Die Schaffung eines gegenseitigen Verhältnisses der Organisationen der verschiedenen Länder“; „Internationale Statistiken“ und „Was lehrt uns der schwedische Großstreik?“. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ fügt der Wiedergabe der Einladung zum Kongress folgende Bemerkung hinzu: „Der Kongress soll also unmittelbar auf den in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Sozialistischen Kongress (28. August bis 3. September) abgehalten werden. Unter solchen Umständen ist der Beschluß des letzten Internationalen Metallarbeiterkongresses, den nächsten Kongress in Birmingham abzuhalten, zu bedauern. Hoffentlich werden Beschlüsse von dieser Art nicht wieder gefaßt, denn wenn schon die Internationalen Metallarbeiterkongresse ungefähr zu derselben Zeit stattfinden sollen, wie die Internationalen Sozialistenkongresse, so ist auch kein stichhaltiger Grund vorhanden, sie an anderen, weit davon entfernten Orten abzuhalten.“

Soziale Rechtspflege.

Neuer Unfall oder Verschlimmerung der Unfallfolgen?

□ Viele unserer Kollegen, welche durch einen Unfall verkrüppelt worden sind, laufen stündlich Gefahr, einen neuen Unfall infolge der durch ihre Verletzung entstandenen Unbeholfenheit, Unsicherheit usw. zu erleiden. Es wirkt sich nun die Frage auf, ob die Berufsgenossenschaft in solchen Fällen eine Erhöhung der Rente gewähren muß? Das Reichsversicherungsamt hat unlängst die wichtige Frage zugunsten der Verletzten entschieden.

Der Sachverhalt ist folgender:

Im Jahre 1907 erlitt die Bauerfrau B. zu S. einen schweren Betriebsunfall, durch welchen sie das linke Bein bis zum Knie verlor. Die ihr von der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gelieferte Prothese (künstliches Bein) war billig und schlecht und steigerte noch die Unbeholfenheit der an sich beschidenen Frau.

Am Juni 1908 wollte sie nun einer Kundin die Haus-tür öffnen, stürzte dabei hin und brach auch noch den Ober-schenkel des verkrüppelten Beines. Der Arzt führte den neuen Unfall ganz richtig auf „das schlecht sitzende künstliche Bein“ zurück und rief der Verletzten, einen Antrag auf Erhöhung der Rente zu stellen, den er auch begründete. Die Berufsgenossenschaft lehnte aber jede Entschädigung ab und hatte auch Glück in der eingelegten Berufung. Das Schiedsgericht erklärte, daß der neue Unfall nicht als land-wirtschaftlicher Unfall anzusehen sei, weil er nicht bei einer landwirtschaftlichen Tätigkeit sich ereignet habe. Der Verletzten gab er aber folgenden „Rat“ und Belehrung: „Unfallverletzte müssen, wenn sie sich von der Genossen-schaft ein künstliches Bein liefern lassen, die aus dem Gebrauch dieser Maschine hervorgehenden Gefahren selber tragen“, sie müßten auch sich immer überzeugen, ob das künstliche Bein gut sitzt und funktioniert und für Abhilfe sorgen.

Anderer Ansicht war nun das Reichsversicherungsamt, welches dem Refurse der Verletzten entsprach. Dem Schiedsgericht, heißt es im Urteil, sei darin beizutreten, daß es sich nicht um einen landwirtschaftlichen Unfall handele, als die Verletzte die Haustür einer Kundin öffnete und zu Fall kam. Man habe aber unterlassen, die Frage zu prüfen, ob nicht, wie die Klägerin von vorn-herin behauptete, jener Unfall als eine mittel-bare Folge des von der Beklagten schon entschädigten Betriebsunfalles vom Jahre 1907 zu betrachten sei.“ Diese Frage müsse bejaht werden, weil nach der Aussage einer Zeugin: „Wenn auch für den Sturz der Klägerin beim Heberschreiten der Schwelle die durch den Verlust ihres linken Beines bedingte Unsicherheit und Un-beholfenheit nicht nachweislich allein verantwortlich zu machen ist, diese auf den Unfall vom Jahre 1907 beruhenden Umstände zu dem Ein-treffe des neuen Unfalls doch wesentlich mitgewirkt haben.“

Eine Verschlimmerung der alten Unfallfolgen sei also anzunehmen und wurde die Berufsgenossenschaft ver-urteilt, die Vollrente zu gewähren. Diese Entscheidung ist also sehr wichtig und sollte beachtet werden.

Technisches.

Wegen der Bierlantwelle an Hobelmaschinen führt die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft einen energischen Kampf. Der Vorstand dieser Berufs-genossenschaft hat die Anschaffung runder Sicher-heitswellen wiederholt verlangt und den Besitzern solcher Wellen einen Rabatt auf ihre Beiträge eingeräumt. Trotzdem ist die Einführung der runden Welle seither in einzelnen Betrieben noch nicht erfolgt, weil man teilweise

erst noch „die vorhandenen Bierlantmesser aufbrauchen“ wollte. Unter dieser Sparfahigkeit haben aber wie immer die Arbeiter leiden müssen, indem allein seit Juni 1909 im Gebiete dieser Berufsgenossenschaft drei Arbeiter je vier Finger einer Hand an der Bierlantwelle einbüßten. Der Vorstand der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft hat deshalb, wie er uns mitteilt, jetzt mit Schreiben vom 11. März 1910 den Weiterbetrieb der Bier-lant-hobelmaschinen mit Bierlantwelle auf Grund des § 9 seiner Unfallverhütungsvorschriften untersagt.

Gleichzeitig mit dieser Anordnung wird den Unter-nehmern, die trotzdem mit der Anschaffung der runden Welle im Verzug bleiben, angedroht, daß sie bei vorkom-menden Unfällen wegen fahrlässiger Körperverletzung (straf-rechtlich verfolgt werden und auf Grund § 138 des Ge-werbe-Unfallversicherungsgesetzes für alle Aufwendungen der Berufsgenossenschaft haftbar gemacht werden können. Der Vorstand weist dabei auch auf ein Urteil des Reichs-gerichts hin, wonach ein Betriebsunternehmer fahrlässig handelt, wenn er den Fortschritten der Unfallverhütungs-technik in seinem Betriebe keine Rechnung trägt.

Wenn dieses Bestreben der Berufsgenossenschaft auf Einführung der besten Schutzvorrichtungen neben den moralischen Ermahnungen wohl in erster Linie von dem Interesse diktiert ist, eine Erhöhung der Beiträge infolge der Gewissenlosigkeit leichtfertiger Unternehmer zu vermeiden, so wird doch die Arbeiterschaft dieses Bestreben stets freudig unterstützen. Die höchste Rente kann die Blut-opfer nicht ungeschehen machen, die alljährlich von Arbeitern gebracht werden. Hoffentlich werden nun auch die übrigen Holzberufsgenossenschaften dem Beispiel der Südwest-deutschen folgen.

Wie der Tischler zeichnet. Ein illustrierter Lehrgang für das Zeichnen der Tischler in gewerblichen Fortbildungsschulen und ähnlichen Anstalten sowie zum Selbststudium von M. Stängle. Preis 2,40 Mk. Verlag von Seemann u. Co., Leipzig.

Das Werkchen ist als Leitfaden für den Zeichenunter-richt gedacht, der an Hand der zahlreichen abgebildeten Holzmodelle vor sich gehen soll. Aber darüber hinaus wird das Buch jedem ein willkommenes Lehrmittel sein, der nicht das Glück hatte, einen guten fachgewerblichen Unterricht zu genießen. Der Tischler lernt dabei, auf dem Papiere geometrisch darzustellen, was er an der Hobelbank erzeugt. Bei den Holzverbindungen beginnt er mit der einfachen Leimfuge, um über Fiebern, Dübeln, Grat-schnitten, Zinken und Schlitzen zum komplizierten Sprossenfenster zu ge-langen. Von den gebräuchlichsten Möbelformen, Schrank, Tisch, Bettstelle usw., ist die Darstellung in Ansicht, Grund- und Seitenriß gezeigt. Dabei sind bei allen Abbildungen Neckerlichkeiten, Plerats, fortgelassen und ist nur der ge-sunde Zusammenbau betont. Das Ganze bildet ein kleines Lehrbuch des konstruktiven Teiles der Tischlerei, das dem Lehrling neben der Einführung in das Fachzeichnen gleich-zeitig eine knappe gefasste Darstellung künftiger Berufs-arbeiten bietet. Aber auch der ältere Arbeiter wird sich beim Durchblättern des Buches mit Freude der Vielseitig-keit seines Berufes erinnern. Die engbegrenzte Form der Darstellung erweist sich dabei als wesentlicher Vorteil.

Das Holz. Von Forstmeister H. Kottmayer und J. Uhlmann. 147 Seiten mit Abbildungen. (Wissenschaft und Bildung, Bd. 72.) Geheftet 1,- Mk. in Original-leinwand 1,25 Mk. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. 1910. Dieses neue Bändchen der Sammlung „Wissenschaft und Bildung“, in der bereits eine Reihe wertvoller technischer Monographien erschienen sind, schließt sich würdig an seine Vorgänger an. Außerordentlich ge-schickt ist hier die Zusammenarbeit eines Forstmannes und eines Kaufmannes. Denn bei der Weite des zu behandeln-den Gebietes und der Verschiedenheit des Arbeitsfeldes war es nur so möglich, die mannigfachen Fragen der Holz-produktion und der Holzverwertung in gleich sachkundiger Weise zu behandeln. Dieser äußeren Zusammenfassung entsprechend zerfällt das Büchlein in zwei selbständige Teile. In einem ersten lernen wir die technischen Eigen-schaften des Holzes, seinen Einschlag und seine Zubereitung im Walde kennen, sowie die aus den Eigenschaften sich er-gebenden verschiedenen Verwendungsarten. Es wird namentlich den Laien wertvoll sein, sich über die Härten, die Festigkeit, die Brennkraft usw. der einzelnen Hölzer zu unterrichten und jene Schäden und Fehler zu erfahren, die schlechte Qualitäten zeigen. Der zweite, der Konsumtion gewidmete Teil behandelt zunächst den Holzhandel in all-gemeinen. Sodann werden die Arten des Holztransportes auf Waldbahnen, Eisenbahnen, sowie durch die Flößerei besprochen. Sehr interessant ist auch das Kapitel über den Holzhandel Deutschlands, der sich als Binnenhandel und als deutsch-russischer, deutsch-österreichischer und deutsch-schwedischer abspielt. In dem Abschnitt über Sägewerks- und Schneidemühlenbetriebe hören wir von der ersten Ver-arbeitung des Holzes und den Formen, in denen dieses in den Handel kommt. Mit einem Kapitel über die Holz-industrie und ihre Bedeutung für die deutsche Volkswirt-schaft schließen diese Ausführungen. Reiches statistisches Material in Tabellenform und zahlreiche Abbildungen ver-tiefen und beleben die Darstellung.

Eingefandt.

Zum Bericht der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.

In der Nr. 12 der „Holzarbeiter-Zeitung“ macht der Kollege Gubler Ausführungen, die den Sinn meiner Aus-führungen in der Nr. 10 gar nicht treffen. Anstatt aus-zuführen, was denn die Zentralkommission getan oder nicht getan, oder was denn die Ausführungen am Schluß des Jahresberichts eigentlich bedeuten sollen, beschäftigt er sich damit, der Berliner Sektionsleitung Vorwürfe zu machen. Kollege Gubler führt aus, daß uns auf unsere Schreiben auch die richtige Antwort geworden wäre. Unsere Briefe und die Antworten darauf, die wir nach Nürnberg wegen der Mißbrandgefahr geschickt haben, werden gar nicht erwähnt. Wenn man der Zentral-kommission schreibt, sie möchte doch etwas Material über die Mißbrandkrankungen usw. nach Berlin schicken, da wir uns in einer Versammlung damit beschäftigen wollen, dann erhält man die Antwort, man soll sich einen Arzt

als Referenten nehmen. Ich meine, so schlau sind wir selbst, daß wir wissen, wen wir uns als Referenten nehmen. Trotz nochmaligen Schreibens haben wir kein Material erhalten. Was die sogenannte Publikumsagitator be-trifft, so liegt doch die Sache so, seit 1905, wo die Kon-ferenz haltgefunden hat, ist für Agitation unter unseren Kollegen sehr wenig getan worden, und da war es wohl richtig, eine solche Gelegenheit zu einer allgemeinen Agi-tation auszunutzen. Wenn Kollege Gubler dann auf meinen Artikel in Nr. 8 der Zeitung Bezug nimmt und behaupten will, daß die Zahl unserer Mitglieder zurück-gegangen ist, dann möchte ich ihn doch bitten, erst richtig zu lesen und dann zu schreiben. Soll unsere Zeitung etwa einen Vorwurf dafür bekommen, daß die Zahl der in anderen Organisationen befindlichen Mitglieder zurück-gegangen ist? Die Zahl der im Holzarbeiterverband or-ganisierten Mitglieder betrug 1905 nach den Berichten der Ortsverwaltung 45, 1908 61, 1907 40, 1908 67, 1909 62. Die Mitgliederzahl ist also nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Dies geht aus dem Artikel in Nr. 8 allerdings nicht hervor, da dort nur die Zahl der Kollegen, die sich an den Statistiken beteiligt haben, angegeben ist. Wer die Berliner Verhältnisse kennt, wird ohne weiteres zu-geben müssen, daß es vollständig unmöglich ist, den Prozent-satz der organisierten Kollegen so hoch zu bringen wie vielleicht in Nürnberg, obwohl auch wir uns freuen würden, wenn wir zu 100 Proz. organisiert wären. So aber müssen wir doch damit rechnen, daß wir in Berlin eine ganze Anzahl von alten Kollegen haben, die aus Gründen, die hier nicht angeführt werden können, dem Verband nicht beitreten. Vielen ist auch der Beitrag von 1 Mk. zu hoch. Dann haben wir in Berlin eine ganze Anzahl von Betrieben, wo es sehr schwierig ist, An-schluß zu finden, weil dort nur ein oder zwei Kollegen arbeiten und wir dieselben gar nicht kennen lernen. Darum haben wir ja gerade solche Interesse an der Agitation in der Provinz, weil fortwährend so viel unorganisierte Bürsten-macher nach Berlin kommen und dadurch die Löhne drücken. Wenn wir aber so agitieren würden, wie es die Zentralkommission macht, wenn wir auch immer gleich den Mut verlieren würden, dann hätten wir in Berlin viel-leicht keine 20 Mitglieder mehr. Ich will den Raum der Zeitung nicht so in Anspruch nehmen und noch mehr über die Tätigkeit der Berliner Sektion schreiben, denn darum handelt es sich ja nicht, sondern um die Tätigkeit der Zentralkommission, aber soweit ist sicher, verstanden brauchen wir uns nicht mit unseren Erfolgen. Vor allen Dingen haben wir aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß im ganzen Reich tüchtig agitiert wird, daß wir dort die Kollegen organisieren und ihnen bessere Lohn- und Arbeits-bedingungen verschaffen, dann wird es den Kollegen in den Großstädten auch leichter werden, ihre Organisations- und Lohnverhältnisse zu verbessern. Der Kollege Gubler hat ganz recht, wir sollen den Kollegen die Verhältnisse so schildern, wie sie sind, aber wir dürfen doch dann nicht zu dem Schluß kommen, es ist alles zwecklos, es ist am besten, wir lösen alles auf, sondern es ist dann unsere Pflicht, die Kollegen anzufeuern, ihnen zu sagen, wie es sein müßte und wie wir unsere Lage verbessern können. Wenn die Zentralkommission sowie alle organisierten Kollegen in dem Sinne arbeiten, dann kommen wir auch vorwärts. Richard Schmalbach, Berlin.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Jahrbuch des Deutschen Arbeiterkennographenbundes und der Volkskennographen Oesterreichs und der Schweiz für 1910. Verlag G. Richter in Fahr-Burgsheim i. B. Preis 1 Mk.

Das im Taschenformat erschienene Werkchen enthält neben einem Kalendarium und dem Adressenverzeichnis des Bundes einiges statistisches Material sowie Aufsätze über die Entwicklung der deutschen Stenographie zur Volks-kennschrift und über die rationelle Volkskennographie. Da-neben erscheinen in stenographischer Schrift des Urndschen Systems umfangreiche „Hinse für Unterrichtsleiter“.

Kleinwohnungshäuser. Praktische Anleitung und Musterbeispiele für den Bau billiger Ein- und Mehr-familienhäuser für Arbeiter, Kleinhandwerker, Beamte usw. durch Private, Bauvereine und Genossenschaften. Von Warrat a. D. May Beech. Mit einer Anweisung zur Gründung gemeinnütziger Bauvereine in Stadt und Land, bearbeitet von Landeswohnungsinspektor Greßchel. 98 Seiten mit mehr als 100 Ansichten und Grundrissen von Ein- und Mehrfamilienhäusern. Preis 1,80 Mk., gebunden 2,40 Mk. (Porto 20 Pf.). Westdeutsche Verlags-gesellschaft in Wiesbaden 85.

Billige Kleinwohnungshäuser für 150 bis 300 Mk. Mietwert der einzelnen Wohnung mit drei bis vier Räumen einschließlich Küche je nach den örtlichen Bedürf-nissen sucht man jetzt überall zu errichten, vielfach auch zu diesem Zwecke Bauvereine zu gründen. Diese praktische Wohnungsfürsorge, der Bau von Kleinwohnungshäusern, ist seit Jahren als dringend notwendig gefordert, um das Wohnungsleiden in Stadt und Land zu beseitigen. Hier-für gibt das vorliegende Werkchen einige Unterlagen.

Die altrenommierte Erste deutsche Auktionsmarken- und Stempelfabrik von Jean Golze u. Co. in Hamburg, Besenbinderhof 70 (neben dem Hamburger Gewerkschafts-haus), übersendet uns einen in Farben gedruckten, effectvoll zusammengestellten Musterbogen ihrer für die diesjährige Waisfeier neu entworfenen Waisfeier-Marken. Wir können den Vorständen, Verbandsleitern und den Kollegen, welche auf die Beschaffung von Waismarken bedacht sein müssen, nur empfehlen, sich diesen Prospekt, der gratis und franco verandt wird, von der genannten Markenfabrik kommen zu lassen.

Briefkasten.

Krenzburg. Warum fehlt die Unterschrift des Ein-senders?

Veranstaltungs-Anzeiger.

Mittagessen. Die Monatsversammlungen der... Sonntag im Monat... in der... abends 7 Uhr im... Waldheim. Sonntag, den 8. April, nachmittags 3 Uhr...

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis...

- Drehler 8-10 Uhr vormittags
Maschinenarbeiter 8-10 Uhr vormittags
Möbelschreiner 8-10 Uhr vormittags
Schleifer 8-10 Uhr vormittags
Möbelpollerer 8-10 Uhr vormittags

In dem Arbeitsnachweis der... folgende Branchen vermittelt:
Wandmalerschreiner, Klempner, Tischler, Schlosser, Schmied, Schlosser, Schlosser, Schlosser...

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für... Das Ansuchen um Arbeit in den Verstätten ist streng verboten.

Dannenberg a. Elbe. Wohnmischler und... Das Ansuchen um Arbeit in den Verstätten ist streng verboten.

Einleben. Die Herberge und das... Die Herberge wird abends von 6-7 Uhr, Sonntags von 12-1 Uhr mittags...

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für... Die Herberge wird abends von 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Tüchtiger Holzdrechsler, auf Möbel und im Polieren... Off. unter A. B. 208 an die Exp. d. Z. erb.

Tüchtiger Drechsler für Massenartikel (Holzknöpfe) sofort gesucht. Gebr. Kaiser, Holzwarenfabrik, Gieselerstraße, Post-Verkehr, Weg. Köln.

2 ordentliche Hornbrecher auf Kraftbetrieb sofort gesucht. H. & Deutinger, Wohnwinkel (Mühl.), Zuberlaffinger Drechsler gesucht, welcher möglichst Erfahrung im Dwalbrehen und Polieren hat. Rahmenfabrik Gg. Sander, Osnabrück.

Korbmacher für Gestellarbeit und seine Pebbly-Möbel bald gesucht. C. H. Hoffmann, Schmiedstr. 11, Fabrik für Holz- und Luxusmöbel.

Mehrere Korbmacher, tüchtige Gestellarbeiter auf Pebblygroßmöbel werden sofort eingestellt. J. Scholz & Co., Düsseldorf, Klosterstr. 88a.

Junger Korbmacher auf Matt u. Geflochtenes sofort bei hohem Lohn u. dauernder Beschäftigung gesucht. Karl Kretschmer, Jittau i. Sa., Löbauerstr. 70.

Mehrere Korbmachergesellen auf Geflochtenes sucht für dauernd. Karl Wösch, Korbmachermeister, Dels i. Schleien, Wallstr. 2.

Gesucht ein Korbmacher-Gehilfe auf vorkommende Arbeiten und Reparaturen. Wochenlohn nach Leistung 21 bis 28 Mark. Fr. Lehmann, Hofkorbmacher, Oldenburg i. Gr.

Pantinenmacher findet sofort dauernde und lohnende Stellung. Karl Geher, Pantinenfabrik, Landsberg a. Warthe, Müllnerstr. 108.

Tüchtiger Beizer und Polierer für ein feines, größeres Möbelgeschäft gesucht. Robert Eiges, Gelsenkirchen.

Für sofort ein tüchtiger, selbständiger Maschinenarbeiter und ein tüchtiger, selbständiger Polierer für Spezialarbeiten gesucht. M. Hüges, Carlshafen a. Weser.

Gesucht zum sofortigen Eintritt als Vorarbeiter ein tüchtiger Freihand- u. Schlittenbohrer auf Birkenholz, der in allen vorkommenden Arbeiten bewandert ist. Ferner 2 tüchtige Freihand- u. Schlittenbohrer, sowie ein tüchtiger Bandsägenbesitzer auf Birkenholz. Dauernde u. gutbezahlte Beschäftigung. Pfälzische Würtensholzer-Fabrik in Erweiler bei Dahn (Rheinpfalz).

Tüchtiger Freihand- u. Schlittenbohrer, der an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sofort gesucht. Bei entsprechenden Leistungen angenehme Lebensstellung. Alb. Kramer Nachf., Würtensfab., Erfurt.

Suche per sofort 2 tüchtige Beizer. F. Kuna, Hamburg, Heinestr. 20.

Gesucht tüchtiger Fertigkeit-Polierer in Lohn. Dauernde Stellung. Robert Pirch & Co., Stodfabrik, Hamburg.

Gesucht in eine Holzwarenfabrik der Schweiz, solide, tüchtige Arbeiter für Haushaltungsartikel und Kleinnöbel. Sichere Existenz. Offerten sind zu richten an Holzwarenfabrik, Oberburg. (Bern-Schweiz Bl. 195 Y.)

Geschäfts-Verkauf. In der a. u. s. l. Nordsee-Stadt St. Peter ist eine gutgehende und allein am Platz befindliche Fischerei m. Wandfänge u. Fräsmaschine weg. gänzl. Aufgabe des Geschäfts preiswert zu verkaufen von Joh. Hansen, Fischereimeister, St. Peter, Schleismühlstein (Nordsee).

Gesuchter Kauf. Birta 400 cbm afr., trockene Eiche bis zu 70 mm Stärke, im ganzen oder auch geteilt, sofort für 120-135 Mk. per cbm netto Kasse, ab Versandstation abzugeben. Regulärer Preis 160-220 Mk. Martin Rohdenhauer u. Sohn, Dresden 19.

NB. Vermittlung wird honoriert, auch nehmen wir überall rührige Vertreter bei hohem Einkommen an. Auch passend als Nebenbeschäftigung.

Tischlerwerkzeuge, anerkannt, fabrikt und hält auf Lager h. Hlmstedt, Hamburg, Lge. Mühlent 86/87. Preis- u. Dienst.

Gesucht per sofort tüchtiger, energischer, in der Stuhlreineret (gefägte Stühle) sowie im Polieren durchaus erfahrener

Werksführer der die Befähigung besitzt, einer größeren schweizerischen maschinell best. eingerichteten Fabrik mit ca. 40-50 Arbeitern selbständig vorzuführen. Hohe gut bezahlte Stelle. Es wird nur auf erste Kraft reflektiert. Off. u. F.M. Z. 110 postlagernd Rheinhelm (Amt Waldshut).

Zahlstelle Bremerhaven. Die zureisenden Kollegen werden ersucht, das Umschauen zu unterlassen. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen, einschließlich der Korbmacher von Wulsdorf und Umgegend befindet sich im Bureau, Dels 58. Jede nähere Auskunft ist zuvor hier einzuholen. Die Ortsverwaltung.

B. Kollcher's Fachschule für Tischler und für gewerbliches Zeichnen. Exter-Strasse zu Detmold. Die Ortsverwaltung.

Abziehsteine, Deutsches Reich-Patent Nr. 168430, unerreicht in Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser. Bis zum letzten Brocken zu verwenden. Größe der Steine: 60x220 mm Preis 4 Mk. und 46x180 mm Preis 2,50 Mk. Patenterteile Schleifstein in jed. Größe u. Härte vorräthig. Versand geg. Nachnahme. Lohnender Vertrieb. Vertreter überall gesucht. Heinrich Glaser & Co., Schmirgelwarenfabrik, Altona, Langensfelderstr. 45.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Ersthilfsklasse Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Schreiner Werkzeuge: Putzhobel, feine Rückensägen, viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko. HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.

Mein lieber Freund Wenn Du jemals Amerik., Engl., Deutsche Werkzeuge oder Abziehsteine brauchst, verlange vorher gratis und franko die jetzt neue Preisliste von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Doppelstr. 31. Du wirst staunen, wie gut und billig Du da kaufst.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen, Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichner, Werkführer, Meister. Staatlich subv. Progr. kostenlos.

Tischler-Fachschule Detmold gegründet 1893. Stadt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- und Zeichen-Säle. Programme frei. DIREKTOR BRECHT.

Tischler-Fachschule Blankenburg 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werksführer, Zeichner und Beizer, anschließende staatliche Meisterprüfung. Kostenlos Stellenvermittlung. Programm frei. Direktor Kleinerting.

Leim-Wärm- u. Trockenöfen Wärmplatten, Zink-Zulagen etc. in bester Ausführung billig. Kurt Moldenhauer & Sohn, Dresden 19. NB. Nachweis wird honoriert.

Paul Horn, Poltur- u. Lackfabrik Hamburg 23 zwei deutsche Reichspatente gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht: eine sofortige Porenfüllung: man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelanschwellen, Rissigwerden der Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur. Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird. Ich verwende zum Versuch ein Körbchen enthaltend: 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 " Patent-Politur zum Reinspolieren 1 " allerfeinsten Poltur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kahlstellen usw. 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack) 1 " Schleif- und Polieröl, gelblich 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke "Marmor-Mono" 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität 1 " Blumstein-Polierpulver, hellbraun 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark. Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Melmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Leneczek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet. Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktiven, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Berlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellsch. m. b. H. in Berlin. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.